



Wem gehört das 21. Jahrhundert?

Sowie:

Gesundheits"reform" ☆ Mobbing am Arbeitsplatz ☆ Tankerunglück ☆ Holzmann-Pleite ☆ Tschetschenien ☆ Gen-Lebensmittel ☆ Asylrecht ☆ Gewalt im Kapitalismus ☆ Diäten ☆ Linksruck





Editorial

Ein Rückblick auf das vergangene Jahrhundert zeigt zwei mögliche Perspektiven für die Zukunft der Menschheit auf. Die zwei verheerenden Weltkriege, der Holocaust, unzählige weitere Kriege, die Atombombe sind Ausdruck der riesigen Destruktionskräfte, die dem kapitalistischen System innewohnen. Das Gerede der Herrschenden und vieler bürgerlicher Wissenschaftler von einer friedlichen Entwicklung des Kapitalismus im Rahmen einer „Globalisierung“ versucht den Leuten weiszumachen, daß das Konkurrenzsystem des Kapitalismus sich im nächsten Jahrhundert weniger zerstörerisch zeigt.

Doch das neue Jahrhundert beginnt mit einer verheerenden Umweltkatastrophe, mit Korruption und einer Pleite in der Baubranche.

Der Krieg in Tschetschenien zeigt, dass sich Russland wieder als starker Imperialist ins Spiel bringen möchte und vor Massenvernichtungsmitteln wie der Aerosol-Bombe nicht zurückschreckt.

Das Kapital versucht, das Dilemma in der Gesundheitsfürsorge auf dem Rücken der Arbeiter zu lösen.

Die Menschen, die das System verroht, lassen ihre Zerstörungswut an ihren Kollegen mit brutalem Mobbing aus oder erschießen einfach ihre Lehrer, Mitschüler oder irgendwelche Passanten.

Nach einem friedlichen Jahrhundert sieht das alles wahrlich nicht aus.

Doch das vergangene Jahrhundert hat eine zweite Perspektive aufgezeigt: Die russische Revolution 1917, die Novemberrevolution in Deutschland 1918, Ungarn 1956, Frankreich 1968, Portugal 1974 und viele weitere Revolutionen und Aufstände zeugen von der Möglichkeit der Arbeiter, dieses System zu beenden und eine planvolle und solidarische Gesellschaft aufzubauen.

In unserem Titelthema stellen wir uns dementsprechend die Frage: Wer kontrolliert das 21. Jahrhundert?

Es ist schon jetzt wichtig, sich für die nächste revolutionäre Welle mit den theoretischen Grundlagen des Marxismus zu bewaffnen, damit wir gemeinsam einen Schlussstrich unter dieses System ziehen können.

Lernt die Internationalen Sozialisten auf den Schulungen und Veranstaltungen kennen und diskutiert mit uns die Perspektiven für das neue Jahrhundert.

INHALT

2 Editorial ★ Inhalt ★ Kontaktadressen

Notizen des Monats

3 Asylrecht ★ Diätenerhöhung

4 Krieg in Tschetschenien

Titelthema

16 Wer wird das 21. Jahrhundert kontrollieren?

BRD

5 Korruptionsskandal: Ausnahme oder Regelfall?

6 Gesundheitsreform

Die Medizin im Netz der Konzerne

9 Holzmännchen-Pleite

Vorspiel der nächsten Krise?

12 Mobbing: Der Psychoterror am Arbeitsplatz

14 Gewalt im Kapitalismus

Gen-Lebensmittel

21 Die bittere Ernte genmanipulierter Lebensmittel

Die Linke

22 Linksruck: Vom Leninismus zum Zentrismus oder Zurück zum „Pol“

Umwelt

28 Rückseite: Ölpest in Frankreich

27 Ortsgruppen ★ Termine

Veranstaltungen ★ Grundsätze



Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes
und Kontakt:
Norbert Nelte Xantener Str. 3b, 50733 K In
Tel.: 0221/760 41 00
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- e
Abo-Preis: DM 20,- / 10,- e
(6 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

Kontakt über Ortsgruppen:
Aachen: Beate · 02 41 / 99 76 776
Bonn: Gaby · 02 28 / 47 54 16
Düsseldorf: Aky · 02 11 / 29 26 465
Essen: Karsten · 02 01 / 64 61 555
Hamburg: Christoph · 0177 / 21 89 419
Köln: Francis · 02 21 / 51 01 796
Solingen: Per email · intersoz@telebel.de oder
telefonisch über Köln
Lübeck über Köln

email: intersoz@netcologne.de
Homepage: www.internationalesozialisten.de

Asylrecht

Innenminister Schily spielt mit seinen Lügen den Nazis in die Hände

Seit Ende 1992 gibt es in Deutschland kein *einklagbares* Recht auf Asyl mehr im Grundgesetz. Das scheint einigen Politikern - ganz vorn dabei Innenminister Otto Schily - hierzulande aber nicht zu genügen.

Während die Bundesregierung von einer Anerkennungsquote politischer Flüchtlinge von 20% spricht, behauptet Schily einfach, nur 3% seien keine reinen Wirtschaftsflüchtlinge. Aber eine Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen ist verlogen. So gut wie alle Menschen, die aus der Dritten Welt oder den Schwellenländern in die Industrieländer kommen, um dem Elend ihres Heimatlandes zu entgehen, fliehen nicht, um sich hier Luxusgüter leisten zu können, sondern weil ihre Existenz bedroht ist. Und diese Situation haben die imperialistischen Länder geschaffen, in die die Immigranten nun genötigt sind zu fliehen.

Die Imperialisten haben die Märkte und die Länder der Dritten Welt zerstört und zerstören sie weiterhin, indem sie Kriege führen, protektionistische Wirtschaftspolitik betreiben und ihre Produkte durch massive Subventionen auf dem Weltmarkt so billig anbieten können, daß die Dritte Welt (die in Wirklichkeit viel billiger produziert) zugrunde geht. Also laufen auch die Wirtschaftsflüchtlinge nicht vor einer ökonomischen Situation weg, sondern von einer politisch geschaffenen.

Wenn Schily also sagt, 97% der Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, seien reine Wirtschaftsflüchtlinge und damit nicht „asylwürdig“, dann ignoriert er einfach, daß es die Politik seiner Regierung ist, die die Leute aus ihren Ländern zwingt.

Walter Döring, der stellvertretende FDP-Vorsitzende forderte nach Schilys Hetzkampagne, das Asylrecht doch einfach ganz abzuschaffen. Verständlicherweise bezeichnete ein grüner Politiker Schily als „Affen der Rechtsradikalen“, denn seine Rechnung ist aufgegangen: Die Flüchtlingsbeauftragte berichtet von einem nie dagewesenen Rückgang von in Deutschland Zuflucht suchenden Menschen. Dabei sind die Fluchtur-

sachen keineswegs weniger geworden, der Kosovokrieg brachte neue Flüchtlingsnot. Doch gerade mal 3.500 Flüchtlingen wurde in diesem Jahr in Deutschland Asyl gewährt, weiteren 8.000 Abschiebeschutz zugesagt.

Und anstatt Flüchtlingen, wie etwa den kurdischen, zu helfen, die von der Türkei auch mit deutschen Waffen massakriert werden, hat der Aussenminister Joschka Fischer nichts besseres zu tun, als den Folter- und Mörderstaat in die EU-Kandidatenschaft zu hieven. Sollte er tatsächlich in die Union aufgenommen werden, dann steht Flüchtlingen aus der Türkei überhaupt kein grundgesetzliches Asyl mehr zu.

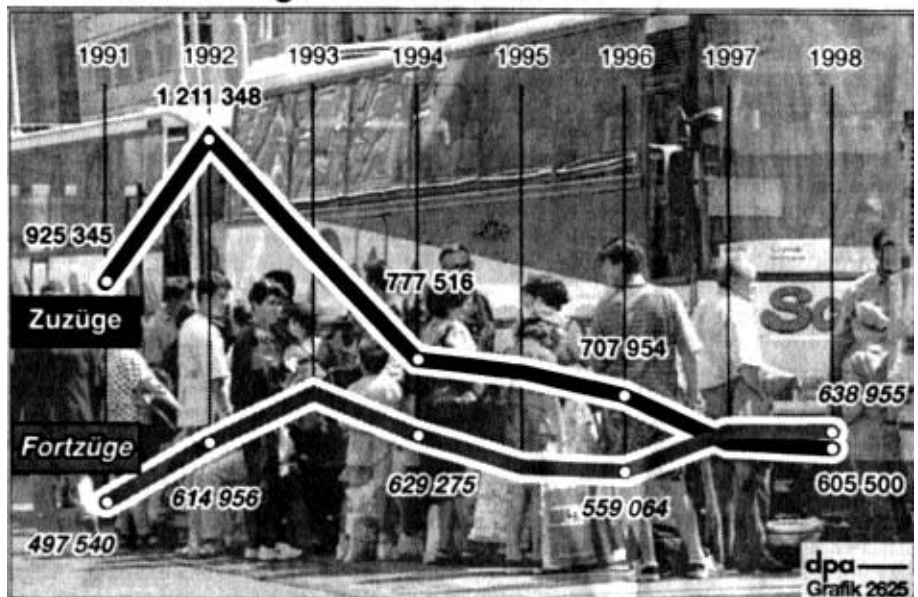
Mit einer derart unehrlichen und fremdenfeindlichen Politik zieht Schily

mit seinem Vorgänger Kanter ohne weiteres gleich, indem er das Asylrecht auf einen Gnadenakt beschränkt und somit der Willkür deutscher Abschiebep Praxis freie Bahn macht und letztendlich die rassistische Gewalt der braunen Horden legitimiert - denn sie gehen ihm zufolge ja gegen Menschen vor, die eh kein Recht haben, sich in Deutschland aufzuhalten.

Was wir an Schily sehen können ist, dass die Asylpolitik keinesfalls dadurch bestimmt wird, welche Partei regiert, sondern, dass auch hier allein das Kapital entscheidet. Unsere Forderung hingegen lautet:

Grenzen auf für alle.

Zu- und Fortzüge von Ausländern



Abgeordnete bekommen mehr Geld

Derzeit bekommen die Abgeordneten des Bundestages Diäten in Höhe von 12.875,- DM monatlich. Hinzu kommt eine steuerfreie Kostenpauschale von 6.344,- DM.

Ab Januar 2000 werden die Abgeordneten nun noch mehr Geld bekommen. Nach Informationen mehrerer Zeitungen sollen ihre Bezüge ab 2000 in vier Jahresschritten um je 350,- DM angehoben werden. Nach vier Jahren hätten sich dann die Diäten um 1.400,- DM erhöht. Das entspricht einer Steigerung von jährlich rund 2,7%.

Damit ist auch klar, daß die Abgeordneten nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, denn dann würden sie sich ja ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie etwa die Reichen steuerlich höher belasten würden. Sie vertreten die Interessen der Bosse.

(Zahlen nach 'Westdeutsche Allgemeine Zeitung', 22. April 1999)

Tschetschenien: Russlands Rückkehr ins große Rennen



Wie schnell ist die Schale humanitärer Sorge leer? Ein kleines Land, das darum kämpft, sein Recht auf Unabhängigkeit zu behaupten, ist dem Ansturm eines mächtigen Nachbarn ausgesetzt. Tausende Zivilisten sind tot und 200.000 Flüchtlinge versuchen, über die Grenze zu kommen. Ein Drittel der Bevölkerung wurde verschleppt und mit jedem weiteren Wintertag verschärft sich die humanitäre Katastrophe. All das kommt einem furchterlich bekannt vor – nur mit der Ausnahme, da die Antwort des Westens auf Russlands brutalen Angriff auf Tschetschenien merkwürdig leise ausgefallen ist, wenn man sie mit den Kriegsrufen im Fall Kosovo vergleicht. Strobe Talbott, der stellvertretende Staatssekretär der USA, erklärte Ende Oktober, Russland habe »das Recht und die Pflicht«, den »Terrorismus« auszurotten, womit er dem russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin nach dem Mund redete, für den Tschetschenien eine »Banditenrepublik« ist, die »vernichtet« werden müsse.

Die Tatsache menschlichen Leidens in Tschetschenien ist erdrückend. Das Militär hat die Nato-Strategie auf dem Balkan kopiert und es bis vor kurzem unterlassen, Bodentruppen einzusetzen, um stattdessen auf massive Luftangriffe und Raketenbeschuss zurückzugreifen. Dürfer auf der ganzen nördlichen Ebene, wo die Unterstützung für die Rebellen

meistens gering ist, sind dabei ausradiert worden. Die Hauptstadt Grosny, die noch vom letzten Krieg in Trümmern liegt, und die Stadt Gudermes wurden ebenfalls verlustvollen Angriffen unterworfen.

Das unmittelbare Vorspiel für die Invasion waren die Bombenattentate auf Moskauer Hochhausblöcke in Arbeitervierteln und eine relativ belanglose Eskapade von einigen aufrührerischen tschetschenischen Führern in der Nachbarrepublik Dagestan. 300 Menschen wurden durch die Explosionen getötet, die die Behörden sofort den tschetschenischen Rebellen zuschrieben. Obwohl es gute Gründe dafür gibt, das anzuzweifeln, haben die Bomben der Unterstützung bzw. der Beförderung der russischen Militäroffensive in Tschetschenien überhaupt erst eine Basis gegeben. Aber die der Invasion zugrunde liegenden Motive hängen eng zusammen mit dem Wunsch der russischen herrschenden Klasse, ihre regionale Vorherrschaft wiederzuerlangen und sich selbst wieder als großer Imperialist aufzubauen. Der Kaukasus – der sich vom Kaspischen Meer mit seinen bisher unangetasteten Ölorkommen bis hin zum Schwarzen Meer erstreckt – ist ein Gebiet, an dem Russland großes Interesse hat.

Russland greift in Konflikte in dieser Region ein, um zu versuchen, solche Staaten wie Georgien und Aserbaidschan zu destabilisieren, die die Nato in ihre Einflussphäre ziehen will. Zur Disposition stehen hier die Routen für die kaspischen Öl- und Gaspipelines, die sowohl Russland als auch die Westmächte kontrollieren wollen.

Die Ölressourcen dort werden von Experten auf etwa 5% der globalen Versorgung geschätzt. Und Russland hat seit einem Jahr kein Öl von dort mehr erhalten. Da die US-amerikanischen und die europäischen Ölkonzerne darüber hinaus die bereits existierenden Pipelines von Tschetschenien in den Westen für ihre Geschäfte mit dem Schwarzen Gold aus dem Kaspischen Meer benötigen, ist das ein weiterer Grund für Russland, im Kaukasus die Kontrolle ausüben zu wollen, um ökonomisch nicht vollends ins Hintertreffen zu geraten.

Zum Ende dieses Jahrhunderts erleben wir noch einmal die Rückkehr des großen Rennens mit, die Rivalität zwischen den Machtmächten, die bereits das ganze Jahrhundert gebrandmarkt hat. Zusätzlich wollen die Generäle und ihre Anhänger in der russischen Regierung die Autorität des Militärs wiederaufbauen und die Demütigung wieder wettmachen, die sie in Afghanistan und Tschetschenien erlitten haben.

Der Korruptionsskandal

Ausnahme oder Regelfall?

★ RUTH KRÜGER

Beim Korruptionsverdacht gegen den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl sind sich alle Politiker einig: Ein Skandal. Aber ist es nicht unwahrscheinlich, dass er allein wusste, aus welchen Tragen das Geld stammte, aus dem das System Kohl finanziert wurde? Wenn Generalsekretärin Merkel und Fraktionsvorsitzender Schuble sich betroffen zeigen und distanzieren, ist das nicht nur ein Ablenkungsmanöver? Und ist es nicht das gleiche Ablenkungsmanöver, wenn SPD-Politiker gegen den korrupten Kohl wettern, obwohl die Partei selbst bis zum Hals in Finanzskandalen steckt?

Es ist beileibe keine Seltenheit, da jemand mit politischer Macht jede Gelegenheit nutzt, um sie zu barer Münze umzuschlagen. So gab es einmal einen Mann, der seine Politiker-Karriere hoch verschuldet antrat. Er ließ sich für an Fabrikanten zugeschanzte Lieferverträge bezahlen, er verschaffte den Gesellschaften, deren Aktien er besaß, illegale Vorteile und ließ am Ende seiner Laufbahn an Geld mitgehen, was im Geheimfonds des Kanzleramtes noch vorhanden war. Aus dem einst verschuldeten Mann war ein Multimillionär geworden. Dieser Mann war aber nicht Helmut Kohl; es handelte sich um Fürst Otto von Bismarck, den ersten Reichskanzler der Hohenzollern-Monarchie.

Aber seit damals (1871-1890) hat sich nicht viel geändert: Politiker sind nach wie vor kuflich: Rainer Barzel (CDU) bekam über den Boss eines Düsseldorf-Industrieunternehmens solange monatliche Überweisungen aus Geldern des Stahlfabrikanten Thyssen, bis er 1955 vom Sozialfall zum jüngsten Regierungsrat der BRD gemacht wurde. Später erhielt er finanzielle Zuwendungen von Friedrich Flick, damit er einem gewissen Helmut Kohl Platz machte. Der wiederum hatte seine Karriere dem Chef und Hauptaktionär von Pegulan, Dr. Fritz Ries, zu verdanken, der ihm

einen Platz auf den Gehalts- und Honorarlisten von BASF verschafft hatte. Im Gegenzug erhielt der Ries-Konzern unter der Rheinland-Pfalz-Regierung Helmut Kohls Landesmittel, deren Gesamtheit etwa 20 Millionen DM betragen hat. Sowohl Wirtschaftswoche als auch Managementmagazin zitierten damals Ries über Kohl: »Auch wenn ich ihn nachts um drei anrufe, muss er springen.«

Bei der SPD sieht das natürlich nicht anders aus: Gerhard Schröder befand sich noch als niedersächsischer Landesherr auf der Gehaltsliste von VW, im Saarbrücker Rotlicht-Skandal war Oskar Lafontaine sich nicht einmal zu schade, sich vor den ihn schmierenden Zuhälterknig zu stellen und ihn vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen, Ex-Kanzleramtsminister Bodo Hombach konnte bis heute nicht nachweisen, dass er den Bau seiner Villa selbst finanziert hat, die nordrhein-westfälischen Spitzenfunktionäre der SPD - unter ihnen auch der heutige Bundespräsident Rau - sind verwickelt in Korruptionsskandalen mit der Landesbank West.

Wenn sich nun ohne weiteres eine Tradition der Korruption von Bismarck bis Schröder verfolgen lässt, dann kann man die Angst der Politiker schon verstehen, die nun Kohl als alleinigen Sündenbock herhalten lassen wollen. Das noch vorhandene Vertrauen in die herrschende Politik hat wieder einen harschen Schlag versetzt bekommen. In Umfragen wird immer öfter die Meinung laut, nun habe man die letzten Skrupel verloren und werde Steuern hinterziehen, wo es nur geht. Die Politikverdrossenheit ist keine Modeerscheinung; sie ist produziert worden.

Die Politik wird eben nicht von den Abgeordneten im Parlament gemacht, sondern vom großen Geld. So lautet auch eine Definition von Politik im Volksmund: Die Schweine

sind immer andere, aber die Tragen bleiben dieselben. Besonders deutlich ist das in den älteren politischen Systemen geworden, die noch als Demokratie bezeichnet werden. Wählen und Abstimmen durften nur diejenigen, die reich und mächtig waren - so war es im antiken Athen, aber auch in den Idealen und Zielen der bürgerlichen Revolution vor 1848. Dieses - auch als Timokratie bezeichnete - System wurde abgelöst von einer Demokratie, in der die gewählten Abgeordneten nicht mehr ihren Wählern verantwortlich waren, sondern nur noch ihrem Gewissen: Der Bestechung war Tür und Tor geöffnet.

Von der Weimarer Republik über das Dritte Reich der Nazis bis heute ist das Personal, das die maßgeblichen politischen Entscheidungen getroffen hat, nicht ausgewechselt worden; es ist dasselbe geblieben. Ihre Namen lauten Abs (Deutsche Bank), Dr. Oetker, Krupp, Thyssen usw. Die großen Kapitalisten haben sich zusammengefunden in Vereinen wie dem Düsseldorf-Industrieclub, dem Freundeskreis des Reichsführers SS oder Abteilungen des BDI, die zu dem Zweck gegründet worden waren, Politik zu machen. Diesen Cliquen dienten riesige Medienkonzerne, die die öffentliche Meinung beeinflussten oder sogar bildeten (man denke nur an den Hugenberg- und an den Springerkonzern). Sie vergaben Spendengelder an Parteien und Abgeordnete oder drehten den Geldhahn der abhängig gewordenen Organisationen und Personen wieder zu, um eine Entscheidung zu erpressen, die in ihrem Interesse lag.

Diese Kreise sind auch bereit, die parlamentarische Demokratie einfach umzustoen, wenn sie ihre Stellung bedroht sehen. So steckte Thyssen z.B. 1923 viel Geld in den Hitler-Ludendorff-Putsch. Nach dessen Scheitern gab er eine Million Reichsmark für den Aufbau von SA und SS und gehörte in den Industriellenkreisen die Werbeträger für die Nazis, die schnell einsahen, dass sie ihnen nutzen würden: Neben der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und den glänzenden Profiten aus

Gesundheitsreform: Die Medizin im Netz der Pharmakonzerne

Der Stolz der sozialen Marktwirtschaftler, die Krankenversicherung, 1883 von Bismarck geschaffen, steht vor dem Kollaps. Zu ihrer Rettung verkündet die Gesundheitsministerin jede Woche eine neue Planung, die sie die Woche darauf wieder zurücknimmt. Das Einzige, was durchgesetzt wird, sind die Kürzungen bei den Arbeiter-Patienten. Somit wird die staatliche Krankenversorgung Stück für Stück wegreformiert und übrig bleibt ein Gesundheitssystem, das nur noch für die Reichen da ist.

Nicht nur Frau Fischer beißt sich an der Vereinigung der Pharmaindustrie mit der Verbandsärzteschaft die Zähne aus. Jeder Gesundheitsminister ist bisher an der Aufgabe, die stetig steigenden Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge zu drosseln, gescheitert. Der Anteil der Gesundheitsfürsorge an der gesamten Volkswirtschaft stieg von 6,3% (1970) auf 10,7% (1998). Damit liegt



Gesundheitsministerin Fischer:
Noch voller Zuversicht für ihr
Ministergehalt

Deutschland nach den USA an zweiter Stelle. »Frau Fischer wird scheitern«, meint ihr Vorgänger Horst Seehofer, »wie auch ich gescheitert bin«.

Einerseits steigen die Ausgaben für die Medizin stetig. Sie wird immer weiter entwickelt und das Angebot pro Patient wird immer größer. Die Patienten werden immer älter und dadurch auch anfälliger für neue Krankheiten. Was aber viel gravierender ist, durch den steigenden Stress in der Arbeitswelt, die Umweltverschmutzung, die Hektik im Alltagsleben und das gegenseitige Dampfablassen in der Familie steigt die Krankheitsanfälligkeit noch deutlicher. Die Medizin ist zwar oft in der Lage, akute Fälle zu therapieren, macht sie aber gleichzeitig zu teuren Dauerkranken.

Das kapitalistische Gesundheitswesen befindet sich in einem System von Angebot und Nachfrage, das von der Konkurrenz geprägt ist und Kriege, Hunger und Elend in der Welt verursacht. Außerdem erweckt das Marktsystem in den Ärzten und Professoren die Gier nach Reichtum. Gleichzeitig setzt aber die Konkurrenz noch niedrigere Preise, kostengünstigeres Verhalten und Qualitätssteigerung in Gang.

Nicht so im Gesundheitswesen. Es soll in der sozialen Marktwirtschaft für alle da sein und deshalb gibt es bei uns das Kassenwesen. Das heißt, da die Ärzte und die Pharmaindustrie unabhängig von der Leistung Geld nach bürokratischen Gesichtspunkten erhalten. Die Preise für eine Arztvisite werden also nicht gedrückt, wie sonst durch die Konkurrenz üblich, sondern bürokratisch festgesetzt.

tisch festgesetzt.

Der Gesundheitsmarkt »bestraft Qualitäts- und Kostenbewusstsein, fördert Verschwendung und Durchstecherei und tendiert wie jedes staatlich gelenkte System zu einer gigantischen Fehlsteuerung seiner Mittel«, schreibt der Spiegel Nr. 44/99. Die Marktwirtschaft sorgt dafür, da der Mensch sich nur nach seinem finanziellen Einkommen definiert, weckt die Begehrlichkeit nach dem großen Geld und das bürokratische System sorgt dafür, da er sich dieses auch reichlich besorgen kann.

Der Kapitalismus macht den Menschen krank, das Angebot in der Medizin wird immer umfangreicher, die Menschen werden älter, aber sind dauerkrank. Die Pharmaindustrie und die Ärzte nutzen die Misere der Arbeiter total aus.

Sie behelfen den Patienten oft mit überflüssigen teuren Medikamenten mit hohen Nebenwirkungen, die neue Krankheiten verursachen, jagen ihn über nutzlose Monstergerichte und untersuchen ihn kurz und bündig – Hauptsache, der Arzt kann im Leistungskatalog ein Merkmal berechnen.

Auf gut die Hälfte der Röntgenuntersuchungen können verzichtet werden, meint die Deutsche Röntengesellschaft.

Die Germanmedizin führt dazu, da die Patienten mit oder ohne Sinn über die Geräte gehetzt werden, nur damit diese ausgelastet sind.

Mehr als die Hälfte aller Prostataoperationen könnte man sich durch alternatives Muskeltraining ersparen, die Operationsmaschinerie, das Krankenhausbett und der Herr Professor müssen eben ausgelastet

sein. Zwischen 1988 und 1992 stiegen die Ausgaben für die Sonographie um 85 und für die Kernspintomographie um 434%.

Der Arzt hält den Patienten in Umnötigkeit, um seine Machtposition behaupten zu können. Dieser durchschaut meistens nicht die Notwendigkeit oder Berufssigkeit einer Untersuchung und lässt diese meistens stillschweigend bersich ergehen.

Er kontrolliert nicht die Rechnungen der Ärzte, die oft wilde Abrechnungen (EBM) bei den Krankenkassen einreichen. Mit der unkontrollierten Arztrechnung ist auch der Betrug mancher Ärzte mit falschen Abrechnungen schon vorprogrammiert.

Durch das Standesdenken der Ärzteschaft ist auch der Vergleich und die Werbung für die Praxen verboten. Trotz modernster Technologie wirtschaften die Ärzte wie im Gildesystem des Mittelalters, wo der Einsatz arbeitssparender Maschinen verboten war, um (neben dem König auch) die Privilegien des alt-etablierten Handwerkerstandes zu schützen, und wollen alle Marktvergleiche und Leistungsmerkmale unterbinden. Dafür bekommen sie von der Pharmaindustrie den Rücken freigehalten. Im Gegenzug verschreiben sie deren teure und oft unnötigen Medikamente.

Dieses Geschäft auf Gegenseitigkeit ist zuerst lukrativ. Die Pillemonopole halten die Ärzte auch in Abhängigkeit zur Chiemedizin durch Prävention,

Seminare, Reisen und Zurverfügungstellung von Geräten und nicht zuletzt durch geballten Lobbyismus der Pharmakonzerne in der Hauptstadt. Diese Praxis bringt den Arzneimittelherstellern 31,9 Mrd. DM, 56 Mrd. den Ärzten und 85 Mrd. den Krankenhäusern. 13 Mrd. behalten die Krankenkassen selber.

Und das Abrechnungssystem würde beim frommsten Menschen kriminelle Energie freisetzen. Als der Honorarschüssel eine Ziffer für Risikoschwangerschaften hinzubekam, hat sich deren Anteil deutlich erhöht. Als die Ziffer für Kniespiegelungen besser bemessen wurde, haben diese um 84% zugenommen. Und als die Ziffer für die Beratung der Orthopäden angehoben wurde, gab es plötzlich eine massive Zunahme der Beratungen.

Seltsam, seltsam... Das System produziert direkt Betrug, anders ist dies nicht zu erklären. Denn scheinbar hatten die Ärzte entweder vorher andere Ziffern angekreuzt oder nachher die besser bezahlten zuviel. Das System zwingt also auch die Ärzte zum Betrug, wollen sie, wie im Kapitalismus blich, ihren Job auch als lukrative Einnahmequelle ansehen.

Nun wollen die Gesundheitsminister stündig Arzt am Krankenbett des Kapitalismus anstatt am Bett des Patienten spielen und die Ausgaben auf seine Kosten senken. Die explodierenden Pharmakosten versuchen sie z.B. stündig einzuschränken, indem sie die Bagatellmedikamente, wie

Hustentropfen oder Grippemittel, aus dem Erstattungskatalog nehmen. Was die Kranken schädigt, lässt die Pillemonopole völlig kalt. Denn die Arzneimittelausgaben sind Anfang 1999 trotzdem wieder um 12 Prozent gestiegen.

Doch auch wenn bürgerliche Politiker und Journalisten sehen, dass es unmöglich ist, das Problem innerhalb der Grenzen des Gesundheitssystems zu lösen, wie Seehofer oder Der Spiegel, aus dem wir hier einige Zahlen und Fakten verwendet haben, schlagen sie am Schluss selber immer wieder doch die gleichen - unsinnigen - Maßnahmen vor. Das führt immer wieder dazu, dass nur die Alternative bleibt, bei den Armen einzusparen.

Der Spiegel vollführt seinen Spagat z.B. dadurch, da er eine Beitragsstabilität nur dann als möglich ansieht, wenn eine »Rationierung besonders teurer Leistungen« durchgeführt wird. Also, Medizin nur noch für die Reichen.

Wir haben nun die Fehlsteuerungen aufgezeigt, die aus dem speziellen Widerspruch entstanden sind, der durch das bürokratische System, da in einem Marktsystem eingebettet ist, entsteht, und eine Gesundung des Gesundheitssystem schon unmöglich macht. Das schnelle Werk Bismarcks lässt sich unaufhaltsam auf.

Aber auch, wenn man eine Medizin nur für Reiche einführen würde, die nur nach Angebot und Nachfrage funktioniert, könnte ein

Klassenkampf

Der Klassenkampf ist DEINE Zeitung!



ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO

Jahresabo (6 Ausgaben) DM 20, inkl. Porto

- Ja, ich möchte den Klassenkampf abonnieren!
- DM 20,- sind beigelegt!*

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____

Weitere Infos unter: 0221 - 510 17 96

Ausschneiden und schicken an: N. Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln
 * Oder Betrag überweisen auf: Postgiroamt (PGA) Hannover, BLZ 250 100
 30, Kto. Nr.1409 93-301
 Vermerk: KK-Abo

Gesundheitswesen im Kapitalismus nicht funktionieren.

Schon Friedrich Engels hat aufgezeigt, da das Kapital nur kurz- bis mittelfristige berlegungen anstellen kann. In seinem Aufsatz *Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen* schreibt er:

»Die spanischen Pflanzer in Kuba, die die Wlder an den Abhngen niederbrannten und in der Asche Dnger genug fr eine Generation hchst rentabler Kaffeebume vorfanden - was lag ihnen daran, da nachher die tropischen Regengsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmen und nur nackten Fels hinterlieen? Gegenber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht«.

Genau das gleiche trifft auch auf die Gesundheitspolitik zu. Das Kapital denkt bei seinen Arbeitern immer nur an den kurzen Erfolg. Er wird so lange ausgepresst bis die Luft raus ist, und dann wird einfach ein neues Herz reingesetzt und fertig - er kann wieder 10 Jahre lang Mehrwert produzieren bis wieder - na ja - ex und hopp.

Die Naturmedizin dagegen verl uft viel sanfter. Man mu zeitlebens gesund leben und sie wirkt auch nur langfristig. Keine Lsung in der brgerlichen ra, wo Zeit Geld ist.

Bei dem Umweltschutz hat die langfristige berlegung im nationalen Ma stab der Staat vollf hrt. Allerdings versagt das Kapital im globalen Ma stab. Aber der Rhein ist wieder relativ sauber geworden und im nationalen Rahmen ist der Schadstoffaussto aus den Schornsteinen viel geringer. Warum geht das nicht in der Gesundheitspolitik? Schlie lich m te es auch im Interesse des Gesamtkapitals sein, da die Krankenversicherungen nicht so hohe Ausgaben haben und das Kapital gesunde Arbeiter erh lt, die nicht 16 Tage im Jahr in Deutschland krank sind.

Das Problem ist, dass das Gesundheitswesen ganz anders funktioniert als der Umweltschutz. Als der Dreck aus den Schornsteinen die Wlder zerst rt hat, hat sich die Wald- und

Tourismusindustrie beschwert. Die Versicherungen klagten, da sie die Verg tungen nicht mehr bezahlen konnten. Es stand also eine m chtige Industrie gegen die andere.

Beim Gesundheitswesen aber, wo die m chtige Pharmaindustrie und die rzte an einer Sackgassentherapie verdienen, mu nur der Arbeiter leiden. Die Versicherungen zahlen eben nicht einfach mehr, wie bei der Umweltzerst rung, sondern krzen einfach dem Versicherungsnehmer die Gelder. Der Arbeiter hat in Berlin keine Lobby, also kann man da einfach krzen, denken sich Schering, die rztekamer und letztlich auch die Gesundheitsministerin.

Es gibt genug Angebote fr die Alternativmedizin und obwohl die traditionelle Schulmedizin oft gar keine Antworten hat, h lt sie es nicht fr n tzig, in diesem Bereich zu forschen und Feldversuche durchzuf hren. Die rzte und Forscher betrachten sich nur als die Vollzugsorgane von Merck, Schering und Co. Die Forschungsgesellschaften wie das Max-Planck-Institut erhalten ja auch hohe Sponsorengelder von den Pharmakonzernen. In der Zukunft soll die Forschung auch ganz von der Industrie bezahlt werden und es gibt Pl ne, wonach die Universit tsprofessoren direkt von der Industrie bestellt werden sollen.

Alternativmedizin kommt in ihrem Denken nicht vor und der Patient spielt bei ihnen gar keine Rolle mehr. Die Professormedizin ist nicht daf r da, um den Patienten wieder gesund zu machen, sondern um an ihm bestimmte Pillen zu testen.

So wei man auf Aids nur mit einer Chemiekeule zu antworten. 4.000,- DM im Monat kostet der Tablettencocktail fr die HIV-Kranken und sie leben mit der st ndigen Angst der Nebenwirkungen und gegen den Cocktail wieder immun zu werden.



Dabei gibt es eine viel billigere Therapie mit nat rlichen Vitaminen fr 200,- DM, die auf der Arbeit des Nobel-Preistr gers Pauling fu t. Hier wurden im September in Linz Erfolge in der Aidstherapie erzielt. Die Patientin meint auf Grund der Besserung, sich in den n chsten Jahren keine Gedanken mehr ber die Medikamenten-Cocktails machen zu brauchen. Armer Schering.

Genau solche Erfolge wurden damit bei Herz- und vielen anderen Krankheiten erzielt. Statt teurer Herzoperationen fr 100.000,- DM Vitamine fr 200,- im Monat. Auch wenn sich diese Erfolge als spontane Remissionen herausstellen sollten, wei man, da viele andere nat rlichen Methoden oft wirksamer sind als Chemiekeulen. Die altasiatischen Heilmethoden, Akkupunktur, die ganzheitliche Medizin, gesunde Di ten, Schr pfen, Blutegeltherapie, Heilmethoden im mentalen Bereich, ja sogar die alten Hausrezepte sind von der Chemieindustrie verdr ngt worden.

Langsam setzt sich aber in rztlichen Nischen die Erkenntnis wieder durch, da man nicht ein Organ, sondern den ganzen Menschen behandeln mu . In den 60er Jahren mu ten wir der Medizin klarmachen, da viele Krankheiten von der krankgemachten Psyche kommen. Heute

Holzmann-Pleite:

Vorspiel der nächsten Krise?

★ FRANCIS BYRNE

Ende Oktober feierte der zweitgrößte Baukonzern Deutschlands, Philipp Holzmann sein 150jähriges Bestehen mit einer großen Party. Das Motto, das dort vom Vorstandschef ausgegeben wurde, lautete: »Wir gewinnen gemeinsam.« Drei Wochen später mußten die Top-Manager des Bauriesen ein Finanzierungsloch von 2,4 Milliarden DM zugeben; der Konzern war heillos überschuldet.

Schon 1996 strauchelte der Bauriese über kostenintensive Großprojekte, bei denen die erhofften Gewinne nicht realisiert werden konnten.

Damals arbeiteten weltweit noch 48.400 Arbeiter und Angestellte beim Konzern. 1997 wurden Arbeitsplätze im Rahmen einer Umstrukturierung massiv abgebaut. 1999 beschftigte der Konzern weltweit nur noch 28.000 Arbeiter.

Von der neuerlichen Beinahe-Pleite des Konzerns waren in Deutschland 17.000 Arbeiter betroffen, dazu die Arbeiter von mehr als 270 Subunternehmen und Zulieferfirmen.

Zuspitzung der Investitionskrise

Die Holzmann-Pleite ist ein sicherer Indikator für die zunehmende Instabilität des kapitalistischen Systems in Deutschland.

Das System der Vorfinanzierung von Großprojekten durch Kredite von Geldgebern, die auf der Suche nach gewinnträchtigen Investitionen sind, gerät zunehmend ins Schwanken.

Bei diesen Großprojekten übernehmen die großen Baukonzerne nicht

mehr nur die Bebauung eines Geländes, sondern auch direkt die gesamte Abwicklung des Projekts:

»Der Bauunternehmer kauft dabei nämlich Grundstücke, finanziert Vorhaben im voraus, plant und errichtet Gebäude selbstständig, verwaltet und wartet sie, und manchmal betreibt er sie schließlich auch. Damit alles klappt, muss er Immobilienverkäufer, Investoren und Mieter finden, und keiner darf abspringen.«

»Frankfurter Rundschau«, 23.11.99

Die zunehmende Tendenz der Profitrate zu Fallen und die zunehmende Unsicherheit darüber, ob solche Großprojekte überhaupt Gewinn abwerfen werden, lässt Investoren einen Rückzieher machen. Denn nicht nur Holzmann droht der Bankrott, die gesamte Branche ist von einer wachsenden Pleitewelle betroffen. (Siehe Schaubild.)

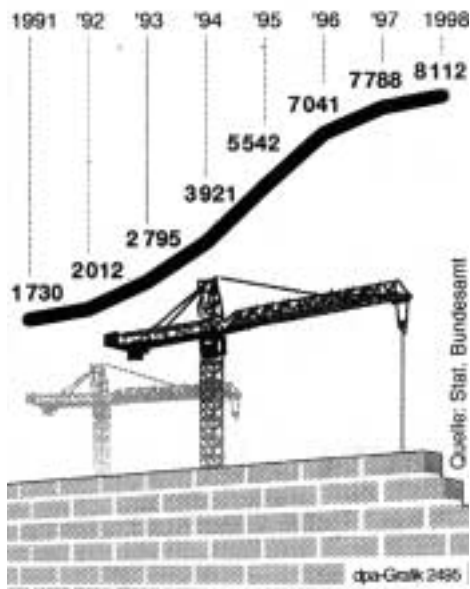
Die Zentralisierung und Konzentration des Kapitals führt dazu, da es immer weniger konkurrierende Konzerne gibt, die dafür umso größer sind. In der Deutschen Baubranche sind nur

noch fünf Quasi-Monopolisten - die sogenannten fünf Elefanten - übriggeblieben. Diese Situation führt dazu, da es statt Konkurrenz fast nur noch Preisabsprachen und kaum mehr Drang zu Innovationen gibt, weil die Profitrate eh so niedrig ist.



Pleiten am Bau

Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe in Deutschland





»Schulabgänger! ... wieder gute Aussichten am Bau.«?

Derweil greifen immer mehr Bauherren auf ausländische Unternehmen zurück.

Die absehbaren Verluste von Großprojekten wie der Kln-Arena und der Einkaufspalast City-Carrø in Magdeburg haben das Vertrauen der Investoren nachhaltig erschüttert. Den Eigentümern des Magdeburger City-Carrøs wurde beispielsweise eine Miete von 26,- DM pro Quadratmeter garantiert. Die örtlichen Mieten liegen aber bei 18 DM/qm. Die Folge sind brachliegende Büro- und Ladenlokale, mit denen der erhoffte Gewinn nicht realisiert werden kann.

Im Fall der größten Multifunktionshalle in Europa, der Kln-Arena wird die Diskrepanz von erhofften und tatsächlich realisierten Gewinnen noch deutlicher: Noch vor kurzer Zeit hieß es, die Kln-Arena mache satte Gewinne. Innerhalb von 20 Jahren sollten die von dem Kln-er Oppenheim/Esch-Fonds investierten 300 Mio. DM runde 460 Mio. DM Ertrag (also 160 Mio. Gewinn) bringen. Schon dieser Betrag war für die lange Laufzeit nur ein verhältnismäßig schmaler Gewinn. Tatsächlich wird nun aber sogar eine

Verlustsumme von jährlich 10 Millionen DM kalkuliert.

Seifenblasenwirtschaft im Baugewerbe

In Zeiten des langanhaltenden Abschwungs der Wirtschaft, finden sich immer weniger gewinnträchtige Investitionsmöglichkeiten für immer größer werdende Mengen Geld. Doch wird besonders am Bau hochgepokert - so lange, bis man die Karten auf den Tisch legen muß: In der Branche werden riesige Kredite auf Gewinne aus Projekten vergeben, die sich noch in Planung oder im Bau befinden. Mit diesen neuen Krediten werden wiederum neue, noch größere Projekte vorfinanziert.

Stellt sich eines dieser Projekte als Flop heraus, platzt die ganze Seifenblase und Riesen wie Holzmann stehen vor dem Aus. Das plötzliche Auftauchen von Milliardensummen ungedeckter Kredite erscheint auf einmal gar nicht mehr so plötzlich. Im Fall von Holzmann standen von einem Tag auf den anderen 1.200 Baustellen still. Gläubiger drohten, Maschinen und schon gelieferte Baustoffe und Fertigprodukte von den Baustellen

abzuziehen, um nicht noch mehr zu riskieren.

Die Pleite des Bauwens Jürgen Schneider, die nach dem gleichen Muster ablief, hinterließ 1994 ein Finanzierungsdefizit von 6,7 Mrd. DM. Betroffen war auch damals schon die Deutsche Bank als größter Kreditgeber mit 1,2 Mrd. DM Verlust.

Auch der Holzmann-Konzern ist eng mit der Deutschen Bank verflochten. Sie hält 25% seiner Aktien und ist gleichzeitig der größte Kreditgeber mit 1,83 Mrd. DM. Insgesamt drohen der Deutschen Bank bis zu 3 Mrd. DM Verluste bei Holzmann.

Rückkehr des Keynesianismus?

Beim Untergang eines solchen Riesen wie Holzmann droht ein Sog zu entstehen. Zulieferfirmen, Investitionsgruppen und Banken drohen hohe Verluste, die weitere negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Aus diesem Grund kann die Politik solche Elefanten nicht einfach pleite gehen lassen, wie ihr wirtschaftsliberales Lehrbuch es eigentlich fordert.

Deshalb hat auch Bundeskanzler Schröder sein ganzes Gewicht in die Diskussion eingebracht, die Gläubigerbanken unter Druck gesetzt sowie eine kleine Bundeskredithilfe von 150 Mio. DM versprochen, um den Konzern zu retten.

Ganz vom Tisch ist die Pleite des Konzerns aber noch nicht. Die EU-Kommission für Wettbewerbsbedingungen hat gedroht, die staatliche Hilfe - so klein sie im Verhältnis auch ist - zu verbieten. Für diesen Fall haben die Gläubigerbanken schon gedroht, da eine Einigung über eine Aussetzung der Kredittilgung nicht mehr zustande kommen würde.

Das sind sicherlich nur leere Drohungen, da es auf diese Summe dann auch nicht ankommt.

Die EU lehnt solche Subventionsmaßnahmen ab, da sie nicht zum neoliberalen Wirtschaftskurs passen, den die Gemeinschaft im Moment fährt. Aber es wäre falsch, die Maßnahme der Regierung als Keynesianismus auszulegen. Denn

Keynesianismus bedeutet, der Staat muß in Krisenzeiten, wo die private Nachfrage sinkt, selber Aufträge vergeben, um die Krise abzufangen – eine Theorie, die eh nie funktioniert hat. Und auch Schröders Eingreifen hat mit dem klassischen Keynesianismus nichts zu tun. Es hatte nur den Zweck, schlimmeres für die Gesamtkonemie zu vermeiden. Hier sind sich bürgerliche und marxistische Ökonomen einig darin, daß antizyklische Staatsinvestitionen oder Staatshilfen für marode Betriebe nicht zu einem krisenfreien Ablauf des Kapitalismus beitragen.

Die Reaktion der Arbeiter

Der Betriebsratsvorsitzende von Holzmann, Jürgen Mahnecke bot als Beitrag zu einer Sanierung des Konzerns eine unentgeltliche Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden an, sowie einen Abschlag vom Lohn um etwa 6%. Die Kollegen bei Holzmann unterstützten ihren Betriebsrat und waren sogar willens, noch mehr Abschlüsse hinzunehmen, wenn sie so ihre Arbeitsplätze retten könnten.

Mit Recht protestierte die Industriegewerkschaft Bau gegen dieses Angebot, was einen Bruch des Tarifvertrages bedeutete hätte. Wenn das Angebot durchgekommen, hätte das katastrophale Folgen für die gesamte deutsche Arbeiterklasse gehabt: vor Zeiten ausgehandelte und erkämpfte Tarife hätten ihre Gültigkeit verloren. Dieses mit den anderen Kollegen der Baubranche unsolidarisches Angebot wäre einem Streikbruch faktisch gleichgekommen. Nun wird insgeheim diskutiert, ob den Kollegen nicht ein Teil des Lohns in Mitarbeiteraktien ausgezahlt wird.

Die spontane Reaktion der Kollegen von Holzmann, auf die Strafe zu gehen und von der Politik eine Lösung für die Verschuldung zu verlangen, hätte ausgeweitet werden müssen. Die Kollegen hätten von der Politik eine Garantie für ihre Arbeitsplätze verlangen können. Es werden Unsummen für materielles Kriegsgesgerät aus dem Fenster geworfen – da kann der Staat für Arbeitsplätze in die Pflicht genommen werden.

men werden.

Nichts ist schlimmer, als sich – mit Lohnverzicht – kampflös seinem Angreifer zu ergeben; denn zumal er selbst mit dem Rücken zur Wand steht, wird er umso eher zum tödlichen Stoß ansetzen.

Ökonomische Perspektiven

Darüber, wie schnell eine Krisenlawine ins Rollen kommt, berichtet Chris Harman in *Wohin treibt der Kapitalismus* (IS-Broschüre). Er schreibt über die Rezession, die England Anfang der 90er Jahre erfaßt hat:

»Anfanglich wurden gerade jene Firmen von der Rezession am schlimmsten getroffen, die in die Ausgabenexplosion der 80er Jahre im nichtproduktiven Sektor besonders eng verstrickt waren – vor allem Immobilienfirmen. Sobald sich der Boom verlangsamte, wurde klar, daß das Spekulationsfieber den Immobilienmarkt in gänzlich unrealistische Höhen getrieben hatte. ...

In den USA verschärfte die Flaute auf dem Immobilienmarkt die Krise seiner Kreditgeber – in erster Linie der Sparkassen und der Banken in Regionen wie Neu-England. In Großbritannien sind die großen einheimischen Banken zwar nicht zugrunde gegangen, aber der Immobilienkrach kostete sie mehrere hundert Millionen.

Die Probleme des Immobilienmarktes und der Banken holten die Firmen im produktiven Sektor der Wirtschaft ein – gerade zu dem Zeitpunkt, als ihnen ihre eigenen Investitionen schwindende Einnahmen bescherten. Einige hingegen selbst im Immobiliengeschäft drin oder waren mit den Banken engliert. Viele wandten sich an die Banken, um ihre Zahlungsprobleme zu lösen, gerade als diese ihre Kreditlinien verschärfen. Alle verloren Marktanteile in dem Maße, wie die für den nichtproduktiven Sektor Wirtschaftenden ein Loch in die allgemeine Nachfrage rissen. Eine ganze Riege von Firmen in Großbritannien, die sich unter Thatcher einen Namen gemacht hatten, brach zusammen ... Andere

konnten sich um ein Haar gerade noch retten: Rupert Murdochs News International zum Beispiel, dessen Größe allein ausreichte, um einen auserlesenen Kreis internationaler Banken von einer Einforderung ihrer Kredite abzuhalten. In den USA winselten Giganten wie Ford, während General Motors und IBM die schwersten Verluste zu verzeichnen hatten, die bei Industriebetrieben je gesehen worden waren, und Pan Am Bankrott anmelden mußte.«

Chris Harman: "Wohin treibt der Kapitalismus?", S. 30

Die Perspektive für die herrschende Klasse, egal, ob sie nun von Kohl oder von Schröder, Stoiber oder Lafontaine als Bundeskanzler vertreten wird, ist klar: Für die Lösung der Krise müssen die Arbeiter aufkommen. Darin sind sich die Bonzen einig. Weiter Chris Harman:

»Um weiterzukommen, müssen kapitalistische Nationalstaaten unnachgiebig Maßnahmen ergreifen, die nicht nur weitaus brutalere Angriffe auf den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse bedeuteten, als sie im Verlauf der letzten 18 Jahre gewagt worden sind, sondern die darüber hinaus den Kapitalanteil großer Teile der herrschenden Klasse selbst entwerten oder gar zerstören würden. Denn nur dadurch würde sich für manche Kapitalisten die Aussicht eröffnen, der Krise auf Kosten anderer zu entkommen. Theoretisch bieten sich Staaten zwei Möglichkeiten, um eine solche Entwicklung herbeizuführen.

Die eine wäre eine Politik, die das Ziel verfolgt, die Rezession in eine tiefe Krise wie in den 30er Jahren zu treiben (als in wichtigen Industrieländern jeder Dritte arbeitslos war, so z.B. in Deutschland und in den USA 1932). Der Staat würde auf den Zusammenbruch einer beträchtlichen Zahl sehr großer Firmen bauen, um so den Weg für andere zu ebnen, ihre Rentabilität wiederherzustellen, und gleichzeitig würde er für Rahmenbedingungen sorgen, die eine massive Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen

Der Psychoterror am Arbeitsplatz auf dem Vormarsch...

★ CLAUDIA WACH

Die Medien entdeckten vor noch nicht all zu langer Zeit ein ganz brisantes und reißerisches Thema. Voyeuristische Tatsachenberichte über einzelne Mobbing-schicksale flimmerten über unsere Bildschirme und sorgten für gute Einschaltquoten. Dies veranlaßte die Damen und Herren der Medienbranche zu einer grenzenlosen Geschmacklosigkeit. Sie produzierten kurzer Hand eine Serie, die das Bedürfnis nach mehr Mobbing stillen sollte: Die Mobbing Girls.

An diesem etwas zynischen Beispiel wird deutlich, daß der Begriff Mobbing unlängst zu einem Modewort avanciert ist. Die wirklichen Ursachen und Folgen des Psychoterrors am Arbeitsplatz werden hierbei gerne mal ausgeblendet.

So entstanden im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Thema Mobbing verschiedene Fraktionen: Während die einen jeden alltäglichen Konflikt am Arbeitsplatz mit Mobbing gleichsetzen, tabuisieren vor allem Unternehmer oder Führungskräfte nach wie vor das Phänomen Mobbing. Nur sehr wenige Wissenschaftler beschäftigten sich in den letzten Jahren wirklich ernsthaft mit diesem Thema. Ausgangspunkt der Mobbingforschung bilden die Forschungsarbeiten des schwedischen Arbeitspsychologen und Betriebswirt Heinz Leymann, da er in den achtziger Jahren erstmalig wissenschaftliche Untersuchungen dieses Phänomens durchgeführt hat.

Auf der Grundlage dieser Untersuchungen entwickelte Leymann ein theoretisches Konzept, das nicht nur Ursachen und Folgen von Mobbing beleuchtet, sondern ebenso klassische Mobbinghandlungen und -verläufe beschreibt. Inzwischen haben sich auch deutsche Forscher dem Thema angenommen, wobei sich diese in den meisten Fällen auf Leymann und seine

Arbeiten berufen.

Abgesehen von der theoretischen Basis aller Forschungsarbeiten, sind natürlich in aller erster Linie die Ergebnisse der Auftretenshäufigkeit von Mobbing am Arbeitsplatz von besonderer Bedeutung: Nach neuesten Untersuchungen des DGB sollen in Deutschland etwa eine Million abhängig Beschäftigte von Mobbing betroffen sein.¹

Der Begriff Mobbingbetroffenheit hört sich recht unspektakulär an, wobei die Folgen alles andere als unspektakulär sind. Nimmt man sich des Themas wirklich ernsthaft an, so wird sehr schnell deutlich, daß es sich hierbei nicht nur um alltägliche Belastungssituationen wie widersprüchliche Arbeitsanweisungen, schlechtes Betriebsklima oder nörgelnde Chefs handelt, sondern um gezielten Psychoterror am Arbeitsplatz. Menschen, die an ihrem Arbeitsplatz von ihren Kollegen und/oder Vorgesetzten ständig schikaniert werden, völlig isoliert sind und keinerlei Unterstützung erfahren, verlieren notwendigerweise ihre körperliche und seelische Gesundheit. In einer Mobbing-situation zu geraten, ist eine sehr tiefgehende Krisenerfahrung, die sich je nach Zeitdauer und Ausmaß der Mobbinghandlungen zu einem Trauma mit schweren psychischen und physischen Folgen ausweiten kann. Erwiesenenmaßen ergriffen bisher nicht wenige Mobbingopfer in einer solchen Situation zur letzten Waffen:

»Es kann heute als erwiesen angesehen werden, daß für viele Menschen der durch das Mobbing erzeugte Druck so ungeheuer und die Existenzangst so groß wird, daß man nicht mehr weiterzuleben vermag.«²

Menschen, die von Mobbing

betroffen sind, reagieren durchaus unterschiedlich. Mobbing führt zwar zu Verhaltensänderungen, allerdings gibt es keine typischen Veränderungen. Inwieweit Mobbingopfer tatsächlich starke psychische oder physische Störungen erleiden, hängt nicht zuletzt von ihrer persönlichen Stabilität ab, aber vor allem auch von objektiven und materiellen Bedingungen.

Ganz offensichtlich verschärfen sich die Arbeitsbedingungen zusehends. Der Druck auf die Kollegen nimmt immer mehr zu. Eine ständige Zunahme der Arbeitsintensität, steigender Stress und daraus resultierendes verschlechtertes Betriebsklima bis hin zu Mobbing sind Probleme, die das alltägliche Arbeitsleben in allen Betrieben und Branchen kennzeichnen. Darüber hinaus sorgt der zunehmende Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt stetig für die Vernichtung zahlreicher Arbeitsplätze.

Hieraus wird ersichtlich, daß ein Mobbingbetroffener nicht ohne weiteres eine Verbesserung seiner Situation zu erwarten hat, wenn er bloß die Arbeitsstelle wechselt.

Bei dem Phänomen Mobbing handelt es sich keineswegs um eine Ausnahmeerscheinung, sondern vielmehr um ein symptomatisches Kennzeichen dieser Gesellschaftsform:

Wie stellt sich die Arbeit im Kapitalismus dar? Da der Arbeiter selber nicht über Produktionsmittel verfügt, muß er seine Arbeitskraft dem Kapitalisten zu dessen Bedingungen verkaufen. Die Bedingungen des Kapitalisten sind die des Marktes. Es muß produziert werden, was Profit verspricht, da nur das verkauft werden und vor einer Pleite retten kann.

Wenn wir heute ins Arbeitsleben

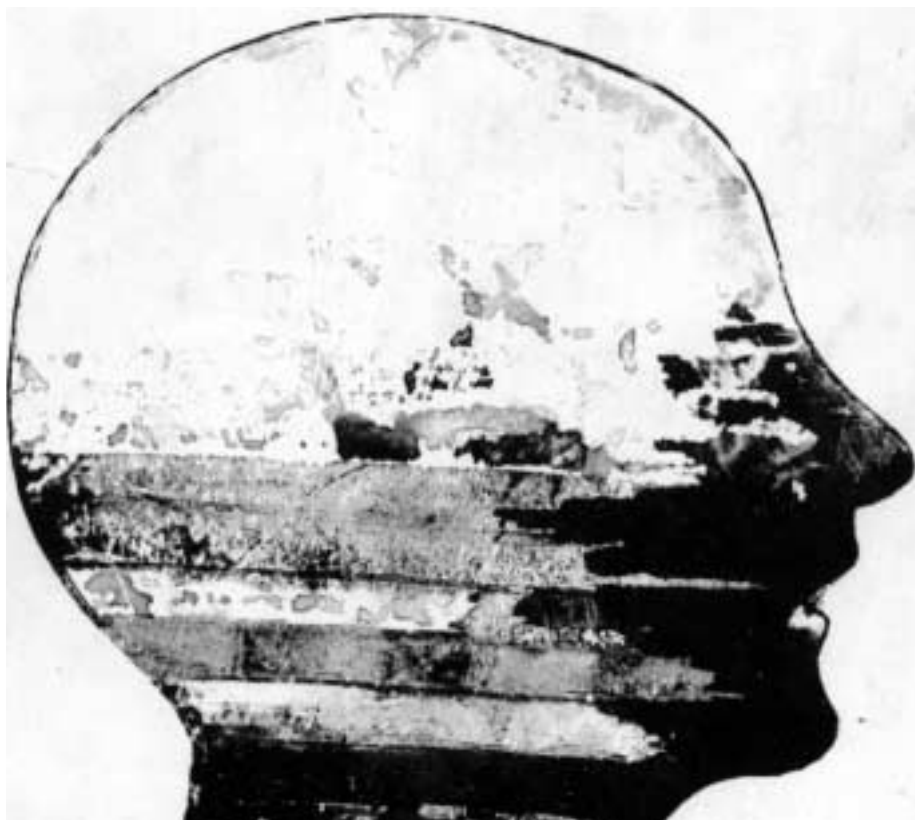
eintreten, dann entscheiden nicht wir über unser Gehalt, über unsere Arbeitszeiten, über unseren konkreten Tätigkeitsbereich oder über unsere Kollegen und Vorgesetzten. Es stellt sich angesichts dieser Aufzählung die Frage - wenn auch nur rhetorisch - an welchen wirklich wichtigen Entscheidungen wir eigentlich teilhaben. Es zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß der einzelne Arbeiter im Arbeitsleben gewissermaßen machtlos ist. Vielmehr sieht er sich der Macht seines jeweiligen Vorgesetzten ausgesetzt.

So wundert es nicht, daß gewerkschaftliche Studien im Zusammenhang mit Mobbing ergaben, daß 75% aller Mobbinghandlungen von Vorgesetzten ausgehen.³

Mobbing unter Kollegen gibt es natürlich auch. Der Konkurrenzdruck unter ihnen wird immer härter. Viele Kollegen fürchten um ihren Arbeitsplatz und haben Angst davor, der nächsten Rationalisierungswelle zum Opfer zu fallen.

In den heutigen Zeiten - in denen nicht solidarisch gekämpft wird -, sondern jeder sich als Einzelkämpfer empfindet, können Kollegen schneller zu Konkurrenten werden als zu Mitkämpfern.

Wer meint, daß Mobbing ein neues Phänomen ist, der irrt sich deutlich. In einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz aufgebaut ist, gab und gibt es immer Mobbing. Schon Karl Marx hat mit seiner Theorie der Entfremdung dargestellt, wie sich die Konkurrenz zwischen den Unternehmen auch innerhalb der Arbeiterklasse durchsetzt. Die Arbeiter, die nichts weiter sind, als die Verkäufer der Ware Arbeitskraft, konkurrieren mit ihren Kollegen nicht nur darum, einen Job zu bekommen,



sondern auch darum, ihn zu behalten. In je schlechteres Licht sie ihre Kollegen stellen, desto besser stehen sie natürlich vor ihren Vorgesetzten da, desto mehr können sie sich einbilden, in diesem System mehr als eine beliebig austauschbare Ware zu sein.

Für die Mobbingdiskussion wäre es unsinnig, einseitig die sogenannten Mobbingtäter anzuklagen. Auch die Mobber sind das Resultat dieser Gesellschaft. Sie sind der Ausdruck der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Ein Mensch, der nicht die Möglichkeit hat nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten zu produzieren, der nicht mehr wert ist als das, was er an Lohn bekommt, wird sich auch nicht besonders menschlich im Umgang mit anderen Menschen zeigen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wer das klassische Mobbingopfer ist. Allgemein muß man sagen, daß potentiell jeder zum Mobbingopfer werden kann.

Oft wurde allerdings beobachtet, daß Leute, die sich eben nicht einfach so unterordnen können, zu diesen wurden. Also beispielsweise Leute, die sich zur Wehr setzen, die aktiv im Betriebsrat mitarbeiten, die

nicht allzeit bereit sind, wenn der Chef pfeift. Aber auch Alleinerziehende, Ausländer, Homosexuelle oder ältere Leute, die sich nicht mehr so schnell auf technische Neuerungen einstellen können, geraten eher in einen Mobbingprozeß.

Jeder, der gemobbt wird, sollte trotz der schlechten Bedingungen versuchen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ansonsten bleibt ihm nur die Möglichkeit, die Arbeitsstelle zu wechseln. Aber natürlich ist auch bei einer neuen Stelle die Gefahr groß, daß auch die Kollegen dort schnell die Schwächen des Neulings wittern und man wieder in die Rolle des Mobbing-Opfers gerät - es sei denn, dort gibt es schon ein schwarzes Schaf, gegen das intrigiert wird. Das einzige, was die Kollegen im Kapitalismus wirklich zusammenschweißen kann, ist - wie bereits gesagt - der Kampf gegen die Bosse.

Allerdings werden wir die Ursache für den Psychoterror im Arbeitsleben nur dann ausrotten können, wenn wir die Kontrolle über die Produktion übernehmen und endlich wieder die Möglichkeit haben, nach unseren Bedürfnissen und Möglichkeiten zu produzieren. Dann wird nicht nur das

Gewalt im Kapitalismus

★ KARSTEN SCHMITZ

Letztes Jahr haben zwei bewaffnete Schüler im nordamerikanischen Littleton ein wahres Massaker unter ihren Mitschülern und Lehrern veranstaltet. Sie durchzogen die Rume der Lehranstalt und schossen wahllos auf wehrlose Menschen, die vor ihnen Schutz oder zu fliehen suchten. Dieser Vorfall entfachte erneut die Sorgen über die zunehmende Gewaltbereitschaft und die Brutalität in der Gesellschaft. Während eher konservative Teilnehmer an der öffentlichen Diskussion sonst immer gern darauf verwiesen haben, dass so etwas nur in den USA passieren kann, blieb ihnen dafür gar keine Zeit mehr. Denn schnell ließen sich auf einmal Meldungen über Deutschland vernehmen, wie z.B. der Vorfall in Sachsen, wo Schüler geplant hatten, eine ihnen verhasste Lehrerin sadistisch langsam umzubringen.

Doch es gibt immer noch als Experten oder als Psychologen vorgestellte Talkshow-Prominente, die behaupten, die zunehmende Brutalität in der Gesellschaft habe mit der Gesellschaft selbst eigentlich nichts zu tun. Während früher die gängige Ausrede für die eskalierende Gewalt war, das komme alles von Amerika hierher und die Jugend lasse sich eben davon beeinflussen, heißt es heute, die Gewaltverherrlichung in den Medien sei an der Verrohung der Menschen schuld.

Sind die Medien schuld?

Im Fall Littleton soll es sich um eine bestimmte Musikrichtung gehandelt haben, die die Täter zu Mordern haben werden lassen. Aber natürlich gibt es überhaupt keine ernsthaften Untersuchungen darüber, ob Gewalttäter nun eher Konsumenten von Heavy Metal,

Punk oder Volksmusik sind. Solche Behauptungen dienen eher dazu, Randgruppen oder Subkulturen zu Sündenböcken zu machen.

Das nächste Argument lautet dann direkt, die zunehmende Zahl von Gewaltdarstellungen und ihre Enttabuisierung in den Medien sorgen für die Verrohung der Menschen. Im bürgerlichen Lager gibt es da aber zwei entgegengesetzte Positionen, um die sich die Diskussion abspielt. Die einen Experten neigen dazu, die Darstellung von Gewalt für abschreckend zu halten, die anderen dazu, sie gerade zur Nachahmung ein.

Die Position, Gewaltdarstellungen verführten dazu, selbst auch gewalttätig zu werden, ist relativ neu. Die andere Haltung, sie schrecken ab, lässt sich mindestens bis zu Aristoteles zurückverfolgen. In wohl-dosierter Form sollten Gewaltdarstellungen in der Tragdie abschrecken und einen Katharsis-Effekt erzeugen – sie sollten den Zuschauer klutern. So sollte er zum stoischen Ideal der Gemütsruhe erzogen werden. Dass die andere Auffassung, Gewaltdarstellungen erzeugten nämlich die Gewalt, erst in der Neuzeit aufgekommen ist, legt den Schluss nahe, dass sich die Rolle der Gewalt innerhalb der menschlichen Gesellschaft verändert haben muss.

Dass wiederum hier, wie Leute auf Gewalt reagieren ist nahezu unabhängig von ihrer Darstellung in den Medien. Wenn etwa im Western Spiel mir das Lied vom Tod die von einer Kugel Getroffenen nicht einfach umfallen, sondern noch drei Meter durch die Luft fliegen, weckt das nicht per se die Lust auf Gewalt. Das geschieht nur dann, wenn bereits viel Hass in einem steckt.

In einer Gesellschaft wie dem

Kapitalismus ist es an der Tagesordnung, seine eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen – und auch ein bestimmtes Maß an Gewaltanwendung wird toleriert, wenn man sie umsetzen will. Wenn es um sein eigenes Geld geht, darf man schon mal andere über's Ohr hauen, im Konkurrenzkampf um einen Job geht es darum, andere auszustechen usw. usf.

In anderen Gesellschaften – nehmen wir z.B. einen Indianerstamm – wäre es undenkbar, dass Einzelne sich so verhalten. Ein Stamm braucht ein hohes Maß an Kooperation und Zusammengehörigkeitsgefühl.

Niemand würde einen anderen ausstechen oder über's Ohr hauen. Innerhalb des Stammes gibt es kein Geld und um Arbeitsplätze wird nicht konkurriert – Jeder macht, was er am besten kann.

Würde man einen Indianer aus den Stammesgemeinschaften dazu zwingen, sich Spiel mir das Lied vom Tod anzusehen, so würde er nicht als Rambo aus dem Kino kommen, sondern wäre höchstens entsetzt – was die Indianer angesichts der Brutalität des weißen Mannes tatsächlich waren.

Dass der Kapitalismus die Menschen aggressiv macht, ist hauptsächlich seiner ökonomischen Triebkraft – der Konkurrenz – zuzuschreiben, die das gesamte gesellschaftliche Leben in ihm beherrscht. Und diese Konkurrenz und Aggressivität wird durch die Medien nur kultiviert, nicht erzeugt.

Kapitalismus und Gewalt

Wie aber lassen sich Amokläufe und ein anscheinend zunehmender Sadismus in der kapitalistischen

Gesellschaft erklären? Man muß noch einmal darauf hinweisen, dass das keine Ausnahmerscheinungen in einem ansonsten friedlichen System sind. Denn auch wenn die Vertreter der Marktwirtschaft behaupten, die ökonomische Konkurrenz sei eine friedliche Konkurrenz, dann ist das un wahr. Diese friedliche Konkurrenz erzeugt tagtägliche Wirtschaftskriminalität, Handelskriege und letztendlich militärische Konflikte.

Schon Karl Marx hat bei seinen ökonomischen Untersuchungen festgestellt, dass das Kapital nicht einfach scheu und ängstlich ist, wie es die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler behaupten, sondern dass es Angst nur vor »der Abwesenheit von Profit oder [vor] sehr kleinem Profit« hat - aber:

»Mit entsprechendem Profit wird Kapital kämpfen. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv weghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Füßen; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.«¹

Heute allerdings geht es nicht mehr um 300 Prozent, wie noch im 19. Jahrhundert, heute werden alle menschlichen Gesetze schon für die bloße Sicherung von Marktanteilen

unter den Füßen gestampft, die einen Gewinn von weit unter zehn Prozent versprechen.

Auch die Situation, in der die Arbeiter sich im Kapitalismus befinden, erzeugt zwangsläufig menschliche Umgangsformen, die von Härte und Brutalität geprägt sind. Die Arbeiter befinden sich in der Lage, dass sie den Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um überleben zu können. Damit sind sie völlig erpressbar und gezwungen, sich der Ausbeutung unterzuordnen - d.h. sie müssen sich mit weniger

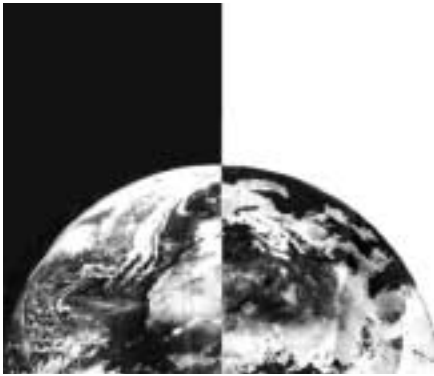
Geld für ihre Arbeit zufriedengeben als ihre Arbeit eigentlich wert war. Nur durch diese Ausbeutung kann überhaupt so etwas wie Profit entstehen.

Dann kommt hinzu, dass es scheinbar die Preise der von ihnen produzierten Waren sind, die darüber bestimmen, ob sie morgen noch eine Arbeit haben oder nicht. Sie müssen sich also selber dazu quälen, noch schneller zu arbeiten,



Fortsetzung auf Seite 24

Wer wird das



Je nher wir dem Jahr 2000 gerckt sind, desto grere Angst uerte sich vor den sozialen und wirtschaftlichen Krften, die die menschliche Gesellschaft formen - die Angst davor, da die Menschen weniger Kontrolle ber ihr eigenes Schicksal haben werden als jemals zuvor.

Ich will versuchen, mich auf vier Themen zu konzentrieren, um die herum sich diese Stimmung ausdrckt: Die Globalisierung der Weltwirtschaft, die Bevkerungsexplosion, den Nationalismus und die Auflsung der Arbeiterklasse.

Die Globalisierungsfrage hat einen Mythos geschaffen, dessen Glaubensanhnger man im gesamten politischen Spektrum antreffen kann. Es wird argumentiert, die Welt habe eine grenzenlose Wirtschaft geschaffen, in der die gigantischen multinationalen Konzerne so groe Macht besitzen, dass sie Kapital, Arbeitspl tze und Geld um die Welt bewegen knnen, ohne dass ein Staat oder gar eine Arbeiterklasse die Mglichkeit habe, sich ihnen zu

widersetzen. Der Vorsitzende von Dow Chemicals hat gesagt, er habe »schon lange davon getr umt, eine Insel zu kaufen, die keinem Staat geh rt, und dort die Firmensitze der Dow Company auf wirklich neutralem Boden zu errichten - keiner Nation oder Gesellschaft verpflichtet.« Nun wrde es ihm in Wirklichkeit aber gar nicht gefallen, zu keiner Nation oder Gesellschaft zu geh ren. Nationen und Gesellschaften stellen die Mrkte fr Firmen wie Dow Chemicals.

Solche Mythen haben aber zwei sehr mchtige Kreise, von denen sie vertreten werden. Fr jede nur denkbare Schattierung konservativer Ansichten ist es ideologisch uerst sinnvoll, einen globalen Markt heraufzubeschw ren, in dessen Angesicht kein Staat und keine Arbeiterklasse Widerstand leisten kann. Wenn sie versuchen, einen Mindestlohn oder zur ckhaltende Gewerkschaftsorganisationen durchzusetzen, werde das blo die Produktionskosten auf ihrem Flecken des globalen Marktes erh hen und die Arbeitspl tze und Firmen dazu zwingen, anderswo hinzugehen - frei nach dem Motto: »Ich kann doch nichts daf r; der Weltmarkt ist schuld.«

Nicht nur die Rechten finden dieses Argument attraktiv. Auch die Sozialdemokraten fhlen sich weltweit gleicherma en von ihm angezogen. Sie meinen, in einer Konomie ohne Grenzen knnten wir es uns nicht herausnehmen, unserer Kapitalistenklasse Kosten aufzubringen, die nicht auch von jeder anderen Kapitalistenklasse getragen werden wrden. So liefert das Argument ein fr jeden nutzbares Alibi - von der harten Rechten bis hin zur reformistischen Linken.

Ein K rmer Wahrheit liegt in dieser Behauptung. Unzweifelhaft trifft es zu, dass der Welthandel, die Weltfinanzen und die internationale Warenproduktion in der Nachkriegsperiode enorm gewachsen sind. Ausl ndische Direktinvestitionen - die ausl ndischen Investitionen durch globale Konzerne in alle beliebigen L nder, au er dem, aus dem sie stammen - sind extrem gestiegen, wobei sich ihre Wachstumsrate in den letzten 20 oder 30 Jahren ebenfalls erh ht hat.

Welthandel, internationale Finanztransaktionen und ausl ndische Direktinvestitionen haben sowohl im Verkehr zwischen den entwickelten Industriel ndern zugenommen als auch - obwohl in niedrigerem Ma e - im Verkehr zwischen Industrie- und Entwicklungs l ndern. Trotzdem existieren hier sehr eng gezogene Grenzen. Multinationale Konzerne sind keine Organisationen, die sich an Orten wie beispielsweise den Kaimaninseln niederlie en und an keinen Nationstaat gebunden w ren. Sie sind keine Institutionen, die nicht an einen bestimmten Flecken Boden gebunden w ren und mit fast magischer Leichtigkeit ihre F higkeit ausbeuten wrden, ihr Kapital ber den gesamten Globus verschieben zu knnen. Diese Vorstellung ist v llig verfehlt.

Die berw ltigende Mehrheit der Multinationals haben die Mehrheit ihres Vermögens in einem einzigen Land. Die Top-Multis in den USA besitzen ein Totalverm gen von 1.300 Milliarden \$. Davon sind 1.000 Milliarden \$ in den USA selbst investiert. Damit ist es nur ein wahrhaft kleiner Anteil des Totalvermögens US-amerikanischer Multis, der

21. Jahrhundert kontrollieren?

★ JOHN REES

au erhalb ihres Heimatlandes liegt. Von den japanischen Top-Multis mit einem Totalvermögen von 750 Milliarden \$ liegen ganze 500 Milliarden \$ in Japan selbst. Von den deutschen Top-Multis mit einem Totalvermögen von 250 Milliarden \$ sind ganze 60% im Inland angelegt.

Frgt man an, hinter das mystische Bild des global-internationalen Konzerns zu blicken, kann man auch sehen, warum das notwendigerweise so sein muss. Wenn es um Arbeitskrfte geht, um Beziehungen zwischen Nationalstaaten, um das gigantische Mi verh ltnis von Reichtum und Macht zwischen den armen und den reichen L ndern und den verschiedenen Klassen, dann trifft es nicht zu, da jede kapitalistische Firma die Kosten auf ihren eigenen Schultern tragen will. VW will keine eigene Polizeikraft leiten. Die Dresdener Bank will weder eine eigene Armee noch ein eigenes Gefngnisssystem und noch viel weniger ein eigenes Erziehungs- oder Sozialsystem, geschweige denn, ihre eigenen Stra en zwischen den verschiedenen Filialen selber bauen. Notwendigerweise verlassen sich alle Kapitalisten darauf, dass ein Staat das macht. Als Karl Marx geschrieben hat, da die »moderne Staatsgewalt ... nur ein Ausschuss [ist], der die gemeinschaftlichen Gesch fte der ganzen Bourgeoisiklasse verwaltet«¹ meinte er damit nur, dass die Klasse der Kapitalisten sich nicht in einer Welt behaupten knnte, die allein von konkurrierenden Firmen bewohnt wrde. Die Kapitalisten bentigen eine Institution, die kollektiv den Klassenfeind - die Arbeiterklasse - angeht und die Vorbedingungen fr die kapitalistische Produktion schafft:

z.B. Eisenbahnverbindungen, soziales Netz und Erziehung und Ausbildung der Arbeitskrfte.

Grenzen des Weltmarktes

Fr all das hat der Nationalstaat eine gro e Bedeutung. Gro e St cke des amerikanischen Kapitalismus wren heute Bankrott, gbe es nicht die Bundesprogramme der Spar- und Kreditfonds. Aber die Konkurrenz zwischen Rivalen auf dem internationalen Markt ist nicht nur eine Frage der konomischen St rke, niedrigerer Lohnquoten oder billigerer Produktionskosten. Es ist genauso gut eine Frage der milit rischen Macht. Wenn lfelder besch tzt werden sollen, dann reicht es nicht, wenn man blo einen Verwaltungsrat oder ein paar Direktoren bei Shell oder Exxon hat, man braucht auch die Marine. Das sind die blichen Funktionen, die der Staat fr die Gesamtheit der Kapitalistenklasse bernehmen muss, wenn die auch nur davon trumen will, zurande zu kommen.

Man nehme nur das Beispiel der Ford Motor Corporation und dem amerikanischen und deutschen Staat in den 30er und 40er Jahren. Auch wenn das multinationale Kapital sich haupts chlich auf einen Staat st tzt, so muss es doch Beziehungen zu anderen Staaten entwickeln. Vor dem Krieg hat Ford beachtliche Subventionen vom Nazistaat erhalten, um Werke in Deutschland zu bauen. Anfang der 40er Jahre kam es zu einen ungl cklichen Umsturz der Gesch ftsbeziehungen und die Alliierten warfen Bomben auf die Ford-Fabriken in Deutschland. Nach dem Krieg verlangte Ford von der amerikanischen Regierung



Reparationszahlungen fr die entstandenen Sch den in ihren Fabriken. Nat rlich hat ein multinationaler Konzern Beziehungen mit mehr als einem Staat, nat rlich wird er versuchen, Differenzen und Konflikte zwischen den verschiedenen Staaten auszunutzen, aber letztendlich beruht er fr sein Wohlergehen auf dem einen oder anderen Staat - und charakteristischerweise auf einem Staat im Besonderen.

Tats chlich stimmt es nicht einmal, dass es einen globalen Markt fr alles gibt. Man kann von einem Weltmarkt fr Fluglinien sprechen. Schwieriger aber wird es, wenn man von anderen Dingen spricht. Es ist gar nicht so einfach, ein globales Produkt zu verkaufen. Man hat versucht, die Limonade 7 Up in Shanghai zu verkaufen und konnte einfach nicht feststellen, warum der Artikel nicht lief, bis man schlie lich herausfand, dass 7 Up im lokalen Dialekt Tod durch Trinken bedeutet - es gibt Grenzen fr den globalen Markt.

Und wir erleben auch nicht die Prognose mit, die die Titelseite von Newsweek vor kurzem verkündet hat: »Das Verschwinden des Nationalstaates durch die Entwicklung des Kapitalismus«. Im Gegenteil, der Staat begleitet uns und ist ökonomisch mächtiger als jemals zuvor im 20. Jahrhundert. Der Staat wird der zwangsläufige Partner des privaten Kapitals bleiben. Staat und Kapital brauchen einander, bedingen einander und werden es auch im 21. Jahrhundert weiter tun.

Aber es gibt etwas, das das Wachstum des Weltmarktes zu verlangsamen beginnt - es erhöht die Einsätze in der internationalen Konkurrenz zwischen Staaten und Firmen. Wenn einer der riesigen Konzerne, die in einem globalen Kampf um die Vorherrschaft gefangen sind, pleite geht, schlittern große Teile des Systems mit in den Bankrott. Davon sind Millionen Leben betroffen, was genau der Grund dafür ist, warum staatliche Fonds existieren, wie die Spar- und Kreditfonds in den Vereinigten Staaten. Wenn der Economist vorhersagt, dass 30% der großen europäischen Firmen zur Jahrhundertwende schließen oder mit anderen fusionieren werden, kann man eine ungefähre Vorstellung vom Schaden bekom-

men, der für die einfachen Menschen entsteht. Hat man eine Gesellschaft, die auf der Grundlage von Konkurrenz organisiert ist, dann bedeutet das, dass Arbeitsplätze, Löhne, Lebensstandards und Gewerkschaftsrechte dieser Menschen unter ständigem Beschuss stehen. So intensiviert das Wachstum des globalen Marktes die Rivalitäten zwischen Firmen und Staaten, sowohl innerhalb von Nationalökonomien als auch zwischen ihnen.

Die Bevölkerungsexplosion - Mythos und Wirklichkeit

Die Angst vor der Bevölkerungsexplosion wird am besten von einem Buch Paul Kennedys zusammengefasst, »Vorbereitungen auf das 21. Jahrhundert«. In einer typischen Passage schreibt er:

»Das entworfenen Wachstum der Weltbevölkerung kann nicht mit unseren gegenwärtigen Konsummethoden und -niveaus erträgt werden. Anders als Tiere und Vögel zerstören Menschen Wälder, verbrennen fossile Treibstoffe, legen Sümpfe trocken, verschmutzen Flüsse und Meere, durchwühlen die Erde nach Erzen, Metallen und anderen Rohstoffen... Deshalb ist es von Bedeutung, ob der Planet vier Milliarden Menschen beherbergt, wie er es

1975 getan hat, oder ob es acht oder neun Milliarden sind, wie es im Jahr 2005 wohl der Fall sein wird.«

Hier haben wir das Argument in seinem Kern, versehen mit einem ökologischen Anstrich für den Ausgang des 20. Jahrhunderts.

Trotzdem ist das Argument nicht neu, sondern hat eine lange Ahnenreihe. Die Vorstellung, dass eine Bevölkerungsexplosion die menschliche Gesellschaft bedrohen würde, wurde von ihrem prominentesten Vertreter, Thomas Malthus, 1798 aufgestellt. Er argumentierte, die Bevölkerung werde unvermeidlich schneller wachsen als die Mittel, mit denen man sie ernährt. Unter solchen Umständen würden Kriege, Tod und Unterernährung die Bevölkerung wieder auf ein solches Niveau reduzieren, auf dem sie sich mit der verfügbaren Agrar- und Industrieproduktion am Leben erhalten kann.

Tatsächlich lag Malthus mit seiner Vorhersage völlig falsch. In dem Jahrhundert, das demjenigen folgte, in dem er seine Thesen schrieb, wuchs die Bevölkerung um das Vierfache, während das Bruttonationalprodukt um das 14fache wuchs - als Ergebnis der industriellen und landwirtschaftlichen Revolutionen. Es gab auch eine massive Wanderungsbewegung. Etwa 20 Millionen Menschen haben z.B. Britannien zwischen 1815 und 1914 verlassen. Die britische Bevölkerung betrug eher 41 Millionen und nicht 71 Millionen, die sie ohne die Abwanderung betragen hätte. So ist es zu einer ganz anderen gesellschaftlichen Entwicklung gekommen als zu der, die Malthus skizziert hat.

Heute ist es selbst in viel höheren Zahlen möglich, Menschen aufzunehmen, die ihre Fertigkeit entwickeln, soviel zu produzieren, dass sie im nächsten Jahrhundert tatsächlich eine viel größere Bevölkerung ernähren können. Wenn man beginnt, sich die riesigen Produktionskapazitäten anzusehen, die die Menschen zu ihrer Verfügung haben, wird schnell klar, dass solche Möglichkeiten existieren. Die Vereinten Nationen kamen 1976 zu der Feststellung, es sei kein Problem, die weltweite Nahrungsmittel-Produktion mit dem



Hoch produktiv: Nur noch ein Viertel der Landwirte erzeugt heute dreimal mehr Getreide als die deutschen Bauern 1950

bereits existierenden Wissen und den existierenden Ressourcen zu verdoppeln. Noch danach hat die US-Behörde für internationale Entwicklung vorhergesagt: »Wir werden das Ackerland unseres Planeten so effizient kultiviert wie in den Niederlanden, werden der Planet 67 Milliarden Menschen ernähren können - 17 mal mehr Menschen als heute leben.« Deshalb ist es offensichtlich, dass die Bevölkerung der heutigen Welt und jede denkbare Bevölkerung im ersten Viertel des nächsten Jahrhunderts selbst mit viel bedeutungsloseren Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Produktivität mit den Ressourcen ernährt werden kann, die die Menschen zu ihrer Verfügung haben.

Und jede weitere landwirtschaftliche oder industrielle Entwicklung werden auch die Geburtsrate senken. Alle Erwartungen einer massiven Bevölkerungszunahme beruhen auf der Vorstellung, da die Geburtenrate genauso kontinuierlich weiter steigen wird, wie es im Moment in den meisten Ländern der Fall ist. Aber in Wirklichkeit sinkt die durchschnittliche Größe der Familien mit der Industrialisierung, der landwirtschaftlichen Entwicklung, der Literarizität, der Erziehung und Ausbildung - dem Fortschritt der Gesellschaft. Die Welt enthält sowohl materiell und technologisch als auch im Hinblick auf ihre potentielle Entwicklung die Möglichkeit, eine ganz andere Art Bevölkerungswachstum an den Tag zu legen als die, die die verdrossenen Neomalthusianer an die Wand malen.

Eric Hobsbawm bemerkte in seinem Buch *Das Zeitalter der Extreme* zur Zeit des Nachkriegs-Booms:

»Und obwohl sich die Bevölkerungen vervielfachten, verlängerte sich die Lebenserwartung um durchschnittlich sieben Jahre - sogar um siebzehn Jahre, vergleicht man die späten dreißiger mit den späten sechziger Jahren. Das konnte nur bedeuten, dass die Nahrungsmittelproduktion schneller wuchs als die Menschheit. Und genau das war sowohl in den industrialisierten als auch in den großen Regionen der nichtindustrialisierten Welt der Fall.«²

Zumindest in Zeiten konomischer Expansion wuchs selbst im Kapitalismus die Nahrungsmittelproduktion schneller als die Bevölkerung. In den reichen Industrieländern existiert nicht die geringste Krise des Bevölkerungswachstums. Tatsächlich gibt es dort eine zahlenmäßig abnehmende Arbeitskraft, die in der Lage ist, das momentane Industrieniveau zu halten. Das Bevölkerungswachstum scheint sich außerhalb der Zentren des entwickelten Kapitalismus abzuspielen. Deshalb wird es - wie im 19. Jahrhundert - eine Wanderungsbewegung geben.

Hunger - ein selbstgemachtes Problem

Worauf es ankommt, ist die erwartete Veränderung im Bevölkerungswachstum zwischen den fortgeschrittenen Ländern und ihren nächsten Nachbarn. Paul Kennedy schreibt:

»Australien, dessen Bevölkerung 1990 bei 16,7 Millionen lag und erwartungsgemäß leicht anwächst auf 22,7 Millionen im Jahr 2025, liegt nahe an Indonesien, wo ein Bevölkerungswachstum von 180 auf 263 Millionen im gleichen Zeitraum vorhergesagt wird. Die süd-europäischen Staaten Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Griechenland, deren Gesamtbevölkerung schätzungsweise um nur 5 Millionen zwischen 1990 und 2025 wächst, liegen in der Nähe der nordafrikanischen Länder (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten), deren Bevölkerung in diesen Jahren voraussichtlich 108 Millionen wachsen wird.«

Die schreckliche Tragödie ist, da die rassistische Einwanderungspolitik, die sowohl von den sozialdemokratischen als auch den konservativen Regierungen weltweit erzwungen wird, genau diejenigen Migrationen verhindert, die eine überbevölkerung ausgleichen könnten.

Die Schwierigkeit der europäischen kapitalistischen Regierungen wird brillant in einem Ausspruch von Henry Ford zusammengefasst, der gesagt hat: »Wie kommt es, da ich jedesmal, wenn ich zwei Hände will,

einen ganzen Menschen bekomme?« Es ist nicht so, da sie keine Arbeitskräfte brauchen, was sie nicht brauchen, sind Menschen. Einwanderungskontrollen sind unvermeidlich damit verbunden, ob die Freiheit, sich weltweit bewegen zu können, für Henry Fords Nachfolger profitabel ist oder nicht.

Das ist ein soziales und kein kologisches Problem, ein Problem von Klassenverhältnissen und kein absolutes Problem der Überbevölkerung. Die Malthusianer wollen aus einem sozialen, politischen und ökonomischen Problem ein natürliches und damit ein unlösbares Problem machen.

Die Aussichten auf die Zukunft verlangen eine klare Entscheidung. Es kann zu Hunger, Verhungern und Tod in einem gigantischen Ausmaß kommen - aber nicht, weil ein natürliches Problem der Überbevölkerung existiert - oder den arbeitenden Menschen gelingt es, die Kontrolle der riesigen Anteile des Weltkapitals, das in privaten Händen liegt, zu übernehmen und die produktiven Kapazitäten, die zur Zeit brachliegen, in Gang zu bringen. Die Alternativen sind menschengemachte Katastrophen, wie die irische Hungersnot im 19. Jahrhundert - allerdings auf einer globalen Ebene - oder Sozialismus.

Nationalismus

Die dritte Frage - Nationalismus - ist die Widerspiegelung einer Gesellschaft, in der Ungleichheit herrscht, die gespalten und deshalb nicht in der Lage ist, die elementarsten Lebensmittel für viele ihrer Mitglieder zu sichern. Gleichzeitig hat sie eine enorme Konkurrenz hervorgerufen, die von den mächtigsten Staatsmaschinerien organisiert, bewacht und durchgesetzt wird, die die Welt je gesehen hat. Eine solche Situation kann nichts anderes als Nationalismus hervorbringen. Es ist nicht sehr überraschend, dass das Verhältnis zwischen den verfügbaren Mitteln zum Unterhalt für die Masse der Bevölkerung und dem enormen Wachstum der Staatsmaschinerie an der Spitze der Gesellschaft Konflikte produziert: Einen Ausdruck der Unfähigkeit der Gesellschaft, Nutzen aus ihren

Resourcen zu ziehen - sowohl in nationaler als auch in ethnischer Hinsicht.

Wenn die Resourcen knapp sind - wenn die Knappheit ein konstitutives Produkt des Systems ist - dann halten Leute manchmal nach einer Kraft Ausschau, die in der Lage zu sein scheint, anderen Menschen die Mittel wegzuschnappen, die zum Überleben notwendig sind. Die Konkurrenz zwischen den Staaten ist ein Weg, einen Anteil am globalen Marktplatz zu erkämpfen und zu ergattern. Das kann Menschen, die den elementarsten Lebensmitteln beraubt sind, als einziger Ausweg erscheinen, auf dem sie in einer von Konflikten zerrissenen und feindlichen Welt überleben können.

Der verzweifelte Wunsch seinen eigenen Staat zu schaffen, seinem eigenen Staat gegenüber loyal zu sein, ihn für den Versuch zu benutzen, eine Nische im Weltmarkt zu graben, um die Brocken zu verteidigen, die man ergattern konnte, kann zu einem der zentralen Triebkräfte in der Gesellschaft werden, wie wir im ehemaligen Jugoslawien, in der ehemaligen UdSSR oder den afrikanischen Staaten sehen konnten. Immer und immer wieder das gleiche Muster: Der Mangel, das Elend, die Arbeitslosigkeit, der Hunger finden einen Ausweg in nationaler oder ethnischer Identifikation. In Afrika, von der Sahara bis zu den südafrikanischen Grenzen, gibt es 450 Millionen Menschen, die vom gleichen Bruttosozialprodukt leben, das 11 Millionen Belgier produzieren. Nur allzu leicht kann man erkennen, welche Kräfte die Menschen in ethnische oder nationale Konflikte treiben.

Aber zur selben Zeit kann es auch andere Ausdrücke der gleichen Konflikte geben. In Jugoslawien war die Situation ein schrecklicher nationalistischer Krieg, aber sie trat zuerst in Gestalt eines Generalstreiks auf den Plan. Erst als der Streik scheiterte, begann der nationalistische Krieg. Eric Hobsbawm hat beispielsweise Tagebücher von Soldaten im Ersten Weltkrieg herausgegeben, als sie in einen riesigen nationalistischen Krieg aufbrachen, zerrissen von Nationalismus und Chauvinismus. Aber als die Entbehrungen und die Verzweiflung des Krieges diesem

Patriotismus die Nahrung entzogen, radikalisierten sie sich - sie wurden revolutionär. Sie begannen zu sehen, da es nicht nur eine nationale Alternative zu einer krisenverschärften Welt gibt, sondern auch eine zweite, eine Klassenalternative.

Je mehr die Dynamik des Systems die alte Stabilität zerreißt, riesige multinationale Firmen in den Bankrott treibt, umso mehr bröckeln die alten Loyalitäten zu Staat und Regierung. Die Politik kann sich in nationalistischen Kategorien gewaltsam nach rechts polarisieren, was sich aber genauso schnell wieder ändern kann, wenn genau dieser Nationalismus die Hoffnungen auf Veränderung nicht erfüllen kann. Die Politik kann sich genauso schnell nach links polarisieren. Das war die Erfahrung in einer ähnlichen Periode der Weltkrise, als dem Herannahen des Ersten Weltkrieges die revolutionäre Welle folgte, weil nationale Spaltungen niemals die Klassenspaltungen innerhalb der Nation auslösen können. In Brasilien besitzt das reichste Fünftel der Bevölkerung 67% des Gesamteinkommens und gerade mal 2% gehen dem ärmsten Fünftel. In den USA gehen dem obersten Fünftel 59%, dem untersten Fünftel nur 5% - was die USA zu einer ungleicheren Gesellschaft als Ägypten macht, wo 48% des Gesamteinkommens dem reichsten Fünftel gehen und 6% dem ärmsten Fünftel. Klassenspaltungen brechen periodisch auf und beginnen eine vollkommen andere Logik zu entwickeln, eine andere Möglichkeit aufzuzeigen, nach der die Welt verändert werden kann.

Die Alternative

Das führt uns zum Schlusspunkt - zur Existenz einer Klasse, die eine Alternative zu all dem Elend des Kapitalismus liefern kann. Zumindest seit dem von Eric Hobsbawm vor einigen Jahren geschriebenen Aufsatz *Der aufgehaltene Vormarsch von Labour* ist es zur Mode geworden, zu behaupten, da die Arbeiterklasse, auf jeden Fall in den industrialisierten Ländern, zu einer Minderheit in der Bevölkerung, einer schrumpfenden Kraft geworden ist. Man sagt, das habe sich in den

Niederlagen der Arbeiterklasse und im Rückgang der Mitgliedschaften in den Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien widerspiegelt. Es passt daher ganz gut, da die Widerlegung dieses Arguments aus Hobsbawms neuem Buch, *Das Zeitalter der Extreme* kommt:

»Der weitverbreitete Eindruck, nach dem die alte Industriearbeiterklasse dabei sei auszusterben, ist statistisch widerlegt, zumindest auf globaler Ebene.

Mit der wesentlichen Ausnahme, den USA, wo der Prozentsatz der Menschen, die in der Produktion beschäftigt sind, seit 1965 und ganz offen sichtlich seit 1970 zu schrumpfen begann, ist die industrielle Arbeiterklasse in den alten industrialisierten Ländern während der goldenen Jahre zuerst stabil bei etwa einem Drittel der beschäftigten Bevölkerung geblieben. Tatsächlich setzte sich ihr Anstieg in acht der 21 OECD-Ländern - dem Club der hochentwickelten - zwischen 1960 und 1980 weiter fort. Natürlich wuchs sie in der neu industrialisierten Welt; in Teilen von Europa und in Japan stieg ihre Zahl dramatisch an. In den kommunistischen Ländern [gemeint sind die einst staatskapitalistischen Länder des damaligen Ostblocks und Chinas], die eine rapide Industrialisierung durchmachten, vervielfachte sich das Proletariat schneller als je zuvor, wie auch in jenen Teilen der dritten Welt, die in ihre eigene Industrialisierung eintraten - Brasilien, Mexiko, Indien, Korea usw. Kurz, am Ende der goldenen Jahre gab es mit Sicherheit zahlreicher und mit Sicherheit auch prozentual weitaus mehr Arbeiter in der Welt, als jemals zuvor.«

Und hier spricht er nur über die industrielle Arbeiterklasse - nicht einmal von den Angestellten, dem Teil der Arbeiterklasse, die auch in den industrialisierten Ländern in dieser Periode massiv wuchs.

Obwohl die etablierten Wirtschaftswissenschaftler von der Globalisierung besessen sind, sehen sie nicht, da der gleiche Prozeß das Wachstum der Arbeiterklasse unvermeidlich mit sich



Die bittere Ernte genmanipulierter Lebensmittel



Es ist abzusehen, da gentechnisch veränderte Lebensmittel zu einem wichtigen politischen Thema im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts werden.

In Teilen von Europa hat öffentlicher Druck von Verbraucher- und Umweltschutzgruppen dazu geführt, da genmanipulierte Lebensmittel gesetzlich gekennzeichnet werden müssen. Ähnliches wird von den australischen und neuseeländischen Behörden in Erwägung gezogen.

Die harte Linie der Europäer könnte sich zu einem Handelskrieg ausweiten. Die USA haben als Antwort Sanktionen angedroht, wenn die EU den amerikanischen Anbietern wie Monsanto nicht freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglicht.

In der Zwischenzeit kam ein Skandal in Großbritannien ans Licht, der von den Forschungsergebnissen Dr. Arpad Pusztai's ausgelöst wurde. Seine Forschungen hatten ergeben, da bei Ratten, die mit genmanipulierten Kartoffeln gefüttert wurden, Veränderungen der Magen-Zellstrukturen festgestellt werden konnten. Pusztai wurde entlassen und seine Forschungsergebnisse – ein Jahr nach Veröffentlichung – für nichtig erklärt. Seine Arbeit wurde aber wissenschaftlich rehabilitiert, als sie kürzlich im renommierten medizinischen Journal Lancet veröffentlicht wurde. Weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen haben ernsthafte Zweifel an der von den Biotech-Herstellern garantierten Sicherheit von genmanipulierten Lebensmitteln wachgerufen.

Die Konzerne entschließen seit Jahren die genetischen Codes von

Tieren und Pflanzen. In den USA haben die Konzerne sogar ganze Organismen patentieren lassen, und beanspruchen das Eigentumsrecht an Arten für sich, nachdem sie ein einziges Gen hinzugefügt oder manipuliert haben.

Dies bedroht Milliarden Jahre der langsamen Evolution, in der die Arten sich an die wechselnden Lebensbedingungen auf der Welt angepasst haben. So sieht die ultimative Logik des Kapitalismus aus, der versucht, jede natürliche Beziehung mit einer durch Geld vermittelten, entfremdeten und künstlichen Beziehung auszutauschen.

Die gentechnische Veränderung von Pflanzen, die sie resistent gegen natürlichen Befall machen soll, bedroht die Diversität der Lebensformen, und könnte Getreide in unkontrollierbares Unkraut verwandeln.

Ohne natürliche Feinde könnten solche Arten in Nischen eindringen, die bislang von schwereren Pflanzen eingenommen werden, die aber nicht die neue Super-Gen Abwehr haben.

Bauern in der Dritten Welt werden direkt von Firmen wie Monsanto bedroht, die Lizenzen auf das Anpflanzen ihres Saatgutes verkaufen – und dann Privatdetektive benutzen, um die Bauern ausspionieren zu lassen, die sie verdächtigen, Saat von patentierten Arten gesammelt zu haben.

Das Terminator-Gen

Seit die Menschheit den Ackerbau betrieben hat, wird ein Teil der Ernte aufbewahrt, um es in der nächsten

Saison wieder als Saatgut zu verwenden.

Die Biotech-Konzerne wollen sich nun in diesen natürlichen Prozess drängen, der bislang außerhalb der Geldwirtschaft stand.

Monsanto hat mittlerweile eine neue und potentiell tödliche Gentechnik patentiert, das sogenannte Terminator-Gen, ein Gen, das die Samen einer Ernte unfruchtbar macht.

Öffentlicher Druck hat dazu geführt, da Monsanto von seinem Plan, diese Terminator-Technologie zu verwenden, Abstand nehmen musste. Aber der Konzern hat nicht aufgehört, weiter an diesem Projekt zu forschen.

Diese Technologie könnte sich dahingehend auswirken, da aus Bauern vertragsgebundene Diener eines Saatgut-Konzerns gemacht werden, da sie von ihrer eigenen Ernte nicht mehr Samen könnten. Sie wären gezwungen, jedes Jahr Saatgut von Monsanto zu kaufen.

Einige Wissenschaftler warnen sogar davor, da das Terminator-Gen auf die Genstruktur von wildwachsenden Pflanzen berspringen und sie in einer oder zwei Generationen für immer auslöschen könnte.

Eine Lösung für den Hunger in der Welt?

Die Biotechnologie-Konzerne wollen uns weismachen, da genmanipulierte Lebensmittel das Potential dazu haben, den Hunger auf der Welt zu beenden.

Dieses Argument übersieht die Tatsache, da es sich bei Armut und Hunger im wesentlichen um politische Probleme handelt, die das Resultat

Alle 14 Tage neu Linksruck

jung ☆ sozialistisch ☆ aktiv!

Linksruck: Vom Leninismus zum Zentrismus oder Zurück zum "Pol"

★ WERNER KLEIN

Im Klassenkampf haben wir uns oft mit den Leuten beschäftigt, die 1968 als Linke angefangen haben, um in ihrem Marsch durch die Institutionen die Gesellschaft zum Guten zu verändern. Immer wieder mussten wir feststellen, dass diese Leute gescheitert sind, da nicht sie die Institutionen verändert haben, sondern von den Institutionen zu angepassten Spielern gemacht worden sind.

Aus aktuellem Anlass wollen wir in diesem Artikel untersuchen, was einer linken Gruppe passiert, die ihre sozialistische Theorie aufgibt, um kurzfristig Leute gewinnen zu können.

Es handelt sich um die heutige größte Organisation des Leninismus, die das revolutionäre Lager allerdings auch schon wieder verlassen hat: die Gruppe Linksruck. Für heutige Verhältnisse hat Linksruck zwar viele Mitglieder (über 500), aber sie steht durch die verwässerten Inhalte zahnlos und ohne revolutionären Willen da. Sie hat kein klares Programm, mit dem sie ihre Mitglieder führen könnte, die ein völlig widersprüchliches politisches Spektrum darstellen - von einer kleinen revolutionären Minderheit bis hin zur breiten Basis, die eine reformistische Weltanschauung hat.

Von der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) zu Linksruck

Bereits 1985 hatte sich innerhalb der damals kleinen

Vorläuferorganisation SAG dieser Kurs angedeutet. Anstatt die Wirklichkeit zu akzeptieren, da die Klassenkampf-Welle von 1968 mit der Niederlage der portugiesischen Revolution in den 70er Jahren endgültig abgeklaut war, versuchte man, einen Aufschwung der Bewegung herbeizufantasieren oder sogar, die Arbeitermassen durch eine verschwundene kleine Handvoll Revolutionäre zu ersetzen.

So setzte sich langsam der Kurs des Stellvertretertums durch, der dann 1990 zu einem Verzicht auf revolutionäre eigenständige Politik und zu einem opportunistischen Beitritt in die SPD führte. Mit der vagen Hoffnung, hier neue Anhänger zu finden, versteckte die SAG, die nun - ganz unverfänglich - Linksruck hieß, ihre revolutionären Grundsätze.

Inzwischen ist Linksruck zwar wieder aus der SPD ausgetreten, hat aber auch gleichzeitig seinen alten SAG-Anspruch aufgegeben, den Kern der zukünftigen Arbeiterpartei aufzubauen und spricht in seinem Programm nur noch von einem »Wiederaufbau eines starken sozialistischen Pols«.

1976 hatte die SAG unter schmerzlichen Spaltungen endlich die leninistische Haltung des Parteikernaufbaus gegen die alte Haltung erklumpt, die nur eine Gruppe aufbauen wollte, die als Theoriwerkstatt für eine Partei fungieren sollte. Wer aber diese Partei aufbauen sollte, blieb eine offene

Frage - man wartete einfach ab.

Nun, wo es keine Bewegung mehr gibt, hat sie die alte Haltung wieder eingenommen. Nur heute heißt es - Pol eines schwabbeligen Breis ohne Rückgrat, Pol eines Nichts. Und so sieht auch ihre Propaganda aus.

Wie kam es von der einst klaren leninistischen Organisation zum zentristischen Jugendkult?

Seit der Niederlage der portugiesischen Nelkenrevolution 1975 und dem gleichzeitigen Einsetzen der Krise, verlor die Linke die Perspektive des Klassenkampfes. Die Grnder der heutigen Internationalen Sozialisten zeigten ab 1979 auf, da man nun seinen Schwerpunkt auf den hauptsächlich theoretischen Aufbau des Kerns einer Partei setzen und sich auf eine lange Durststrecke einstellen muss.

Man wollte aber so weitermachen wie 1968 und die Bewegungsarbeit verstärken. Allerdings bewegte die sich nach rechts in das bürgerliche Protestlager und so musste sich auch die SAG logischerweise weiter nach rechts entwickeln.

Die Situation heute

1999 wetteifern die Betriebsräte wie bei Holzmann darum, erkämpfte Tarife wieder abbauen zu dürfen. Die Verkettung mit der jetzigen Arbeiterbewegung, die von selbstständigen Bürokraten beherrscht wird, kann dann nur der Abschied aus dem revolutionären Lager bedeuten.

So gibt es schon innerhalb der Linksruck-Mitglieder eine deutliche Mehrheit von PDS- und Chefsympathisanten, die bestenfalls nostalgische Anhänger der guten, alten, revolutionären Zeiten sind, aber die Vorbereitung der Revolution nicht für ihre heutige politische Aufgabe halten.

Der Weg nach rechts

Nach dem massiven Rechtskurs und der Verdeutlichung der SPD als Kapitalpartei gibt es einen immer stärkeren Sog für die Restlinken hin zur PDS. Ein Bundestagsabgeordneter, Dieter

Dehm, und Wahlerfolge um die 2% in NRW-Städten markieren nur den Anfang. Linksruck bleibt von diesem Sog nicht ausgeschlossen. In seiner Zeitung bereitet er sich schon darauf vor. Das liest sich dann so:

»Wer sauer auf Schröder ist, aber weder CDU noch Nazis wählen will, bleibt entweder daheim oder wählt PDS.«

Nun könnte man einwenden, dass ein unglücklich ausgedrückter Satz noch keine falsche Politik ausdrücken muss. Nur sind die Hinwendungen zum Parlamentarismus keine Ausnahmen, sie sind in ihrer Zeitung durchgängig.

Zur Wende in der DDR schreiben sie im Artikel 10 Jahre Revolution 1989:

»... Denn was sich auch geändert hat, das Eine ist geblieben: Noch immer bedient die herrschende Politik eine kleine Minderheit von Privilegierten, während die große Mehrheit unter dieser Politik zu leiden hat...«

Das Hauptbel sind wie bei linken Bürgerlichen also die Privilegierten, nicht mehr die Ausbeutung an sich, nicht mehr die Entfremdung, der Raub der Verfügungsgewalt des Arbeiters über sein ganzes Produkt. Und weiter schreiben sie:

»Wir können der Macht der herrschenden Minderheit etwas entgegensetzen! Wir müssen uns nicht alles gefallen lassen! Wir brauchen eine neue Wende - und wir können sie erkämpfen!«

Da ist schon wieder der Parlamentarismus. Wir brauchen nur eine Bewegung, die in Berlin dann eine andere Politik herbeiführt. Arbeiterräte kommen bei Linksruck nicht mehr vor, auch nicht in ihren Leitstücken. Dafür begegnet uns die Wende in ihrer Kampagne Initiative Politikwechsel wieder:

»In diesem Reservoir der Unzufriedenheit steckt jedoch auch ein Potential für linke Gegenwehr. Wie groß die Offenheit für eine linke Opposition zum CDU-Kurs Schröders ist, zeigt neben dem Erfolg des Lafontaine-Buches auch

der Stimmenzuwachs der PDS.

Wir organisieren bundesweit Protestveranstaltungen zum SPD-Parteitag, um die Linke zu sammeln und gemeinsam Perspektiven zu entwickeln...«

Das Ziel sind also Debatten - und über eventuelle Ziele von Linksruck selber verliert man kein Wort mehr. Genauso verwaschen verflucht auch ihre Politik vor Ort. Ein Bonner Mitglied gab auf einer Linksruck-Veranstaltung sein marxistisches Verständnis von internationalem Sozialismus wider. Schnell wurde er von der Leitung ausgebremselt - sie hatte Angst, mit zu radikalen Reden die PDS-Anhänger und die anderen Reformisten zu vergraulen. Auf Linksruck-Schulungen wurde auch schon von der Führung geübert, da man nicht so laut über Revolutionen reden dürfe, das erschrecke nur die Mitgliedschaft.

Jetzt könnte man ja einwenden, all dieser Zentrismus ist nur eine vorübergehende Taktik um sich nicht von

den Massen zu isolieren. Wenn die Arbeiterbewegung sich wieder radikalisiert, würde man wieder mit offenen Karten spielen.

Nur, bis dahin werden die Zentristen auch endgültig die gesamte Theorie von Linksruck bestimmen. Noch kann man wenigstens allgemein abstrakt über Revolutionen und Sozialismus von unten lesen. Aber das Auffüllen der Mitgliederreihen durch reformistische Jugendliche hat sich bereits in einer völlig verwesterten Theorie geäuert; die Quantität ist in Qualität umgeschlagen. Der weitere Rechtskurs in der Bewegung wird Linksruck in eine offene Reformorganisation verwandeln. Die radikalen Sonntagsreden wird es bald nicht mehr geben.

Linksruck ist ein Beispiel für eine Polititik, die heute schon auf die Massen Einfluss nehmen will. Wenn wir aber die Idee des Marxismus hochhalten wollen, müssen wir lernen, in der Isolation zu überwintern und uns



CD-ROM mit allen Texten, vielen
D M 6,- Klassikern, viele Bilder!

Zu bestellen bei:
 Norbert Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln
 Bestellungen per email: intersoz@netcologne.de

Fortsetzung von Seite 15

Gewalt im Kapitalismus

damit der Chef sie nicht hinauswirft. Aber nicht nur das, sie müssen auch den Kollegen ihrer Kolonne Beine machen, wenn die nicht sputen.

Oft lässt sich auch die Beobachtung machen, dass die Menschen umso rauher miteinander umgehen, je höher der Beruf ist, aus dem sie kommen. Zwischen einem Banker und einem Dachdecker kann man solche Unterschiede z.B. feststellen. Allerdings heißt das nicht, dass der Banker keiner Brutalität ausgesetzt ist; an seinem Arbeitsplatz finden solche Auseinandersetzungen nur nicht mehr offen statt - hier sind eher Intrigen an der Tagesordnung, die einen Menschen auch zermürben können.

Zum bloßen Ausbeutungsverhältnis, das durch seine Ungerechtigkeit und Unterdrückung per se die Aggressionen unter den Menschen steigern lässt, kommt noch die institutionalisierte Gewalt hinzu, die dieses System aufrecht erhalten soll: Werkschutz, Polizei usw.

Um im Kapitalismus berleben zu können, müssen die Menschen in ihm also mit einem Minimum an kultivierter Brutalität und Aggressivität ausgestattet sein, die ihnen bereits in frühen Kindesjahren anerzogen wird.

Im Kapitalismus gab es immer lange Phasen, in denen die Arbeiterklasse ihr Los ohne großen Widerspruch akzeptiert hat. Diese Phasen können so aussehen wie die 50er und der Beginn der 60er Jahre. Zwar wurden die Arbeiter auch hier ausgebeutet und unterdrückt, bekamen dafür aber auch ihre Brocken vom Kuchen ab. In absoluten Zahlen wuchs ihr Wohlstand; hatten sie vielleicht zu Anfang der 50er Jahre gerade mal ein Fahrrad, konnten sie sich kurze Zeit später vielleicht schon einen Vespa-Roller oder gar ein Auto leisten. Es war ihnen oft sogar möglich, ein für sie bis dahin beträchtli-

ches Guthaben auf der Bank zu ersparen. Ermöglicht wurde dieser Nachkriegsboom durch die weltweit hohe Nachfrage an Rüstungsgütern, die in schwindelerregende Höhen gestiegen war.

Perspektivlosigkeit kann Massaker erzeugen

Aber im Unterschied zur Zeit des Nachkriegskonsens, in der die Arbeiter noch eine Art Gegenleistung für Ausbeutung und Unterdrückung bekamen, bekommen sie heute dafür nur noch immer teurere Preise für immer geringere Löhne. Immer öfter werden Leute entlassen oder finden erst gar keinen Arbeitsplatz. Aber anstatt Gegenwehr zu leisten, akzeptieren sie die momentane Lage, in der sie sich befinden. Oft bieten sie sogar von selber an, sich mit geringeren Löhnen zufriedenzugeben, wie im Fall der Holzmann-Pleite.

Je größer diese Art von Ohnmacht wird, desto mehr nimmt natürlich auch die Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft, aber besonders auch innerhalb der Arbeiterklasse zu. Wenn man sich nicht mehr gegen die Bosse wehrt, ist man auch bereit, Ideen anzunehmen, die die Klasse gegeneinander aufbringen und spalten. Die Medien haben dann leichtes Spiel, wenn sie auf Rassismus und Sexismus setzen. Aber neben der Verharmung der Ellbogenmentalität birgt eine solche Lage aber noch andere Gefahren.

Eine solche Situation kann durchaus wie ein Pulverfass sein. Wenn zur fehlenden persönlichen Perspektive noch das Denken hinzukommt, dass der Kapitalismus ewig und unabänderlich sei und es keine Perspektive zu ihm gebe, dann können sich Individuen schnell dazu hinreißen lassen, Amok zu laufen. Wenn ein Individuum von Kindesbeinen beigebracht bekommen und erlebt hat, dass das Leben ein Kampf Aller gegen Alle ist, dann kann es durchaus passieren, dass er durch persönliche Rückschlüsse zum Amokläufer wird, der gegen alle Mitmenschen Gewalt anwendet, die ihm vors Gesicht kommen.

Und persönliche Rückschlüsse, nach denen ein Einzelner für sich keine Perspektive mehr sieht, hilft der Kapitalismus zu genüge bereit. Das System verspricht viel und hilft wenig. Viele Leute, die Sprüche, wie „Ohne Fleiß kein Preis“ usw., ernstgenommen und ihr ganzes Leben an ihnen ausgerichtet haben, stellen an einem Punkt ihres Lebens fest, dass ihr ganzer Fleiß ihnen nichts genutzt hat. Trotz ihres persönlichen Engagements für die Firma landen sie auf einmal auf der Straße - nicht wegen ihrer Arbeit, sondern weil die Firma pleite gegangen ist oder Stellen gekürzt worden sind usw.

Die Schule kann ebenfalls die Auslöser liefern, die die Enttuschung in einen Amoklauf umschlagen lassen. Tagtäglich wird einem dort Disziplin abverlangt: Man soll praktisch sein, still sitzen, darf nicht reden und soll Leistung zeigen, die von anderen Leuten benotet wird. Diese anderen Leute - Lehrer - denunzieren einen dann auch bei den Eltern, erschweren einem das Versetzen in die nächste Klasse, rufen Konferenzen ein, werfen einen von der Schule usw. Warum sollte das jemand in Kauf nehmen, wenn die knifflige Perspektive eh nur Arbeitslosigkeit ist; da kann man genauso gut die Schule schwänzen. Aber natürlich zeigt die Erwachsenenwelt kein Pardon. Eltern denken, dass man sich als Arbeiter diszipliniert verhalten muss, wenn man berleben will, und wollen, dass ihre Kinder das enge Korsett der Normen, in das sie sie zwingen, irgendwann freiwillig tragen. Natürlich ist den Eltern klar, dass Disziplin noch längst keine Garantie für einen Job ist, aber fehlende Disziplin ist die Garantie für Arbeitslosigkeit - also drängeln sie ihre Kinder weiter. Und die haben keine Handhabe, sich dagegen zu wehren, wenn ihre Eltern ihnen ihren Willen aufzwingen. Die Ohnmacht, die Jugendliche erleben, kann einen enormen Beitrag dazu leisten, dass sie irgendwann ausklinken und ein Massaker - wie in Littleton - anrichten.

Es ist also das System des Kapitalismus, das die Verantwortung

dafür trägt, dass die Gewalt in der Gesellschaft zunimmt und einzelne Menschen Amok laufen.

Wer von der Brutalität profitiert

Von der zunehmenden Gewalt profitieren natürlich die Kapitalisten. Wenn Arbeiter brutal gegen andere Arbeiter vorgehen, so wird damit verhindert, dass sich die angestaute Wut der gesamten Klasse bündelt und sich kollektiv gegen die Kapitalisten richtet. Selbst wenn dabei auch der eine oder andere Manager dran glauben muss, der zur falschen Zeit am falschen Ort war, so ist der herrschenden Klasse insgesamt immer noch gedient.

Hinzu kommt, dass es allgemein anerkannte Formen der Gewalt gegen Menschen gibt und Formen, die nicht anerkannt werden. So ist es z.B. völlig in Ordnung, wenn ein Manager seine Arbeiter entlässt und damit deren Familie der Existenzgrundlage beraubt. Wenn ihm einer der Arbeiter dafür im Gegenzug die Fresse poliert, dann muss er dafür sogar

Schmerzensgeld bezahlen oder muss vielleicht sogar ins Gefängnis, obwohl die Konsequenzen eines Schläges sehr viel harmloser sind als die meisten Entscheidungen von Managern. Die dürfen ihre Gewalt ausüben, ohne dass ihnen jemand dazwischen reden kann. Aber schon, wenn ein Arbeiter ihm einen Vogel zeigt, kann ihm das teuer zu stehen kommen.

Diese Ohnmacht erhöht fortwährend den Druck auf die Arbeiter und trägt so natürlich zum Aufbrechen weiterer Gewalt bei. Sie macht die Mächtigen noch mächtiger und die Ohnmächtigen noch machtloser.

Wie kann sich der Mensch verändern?

Dagegen kann nur eine Abhilfe geschaffen werden. Die latente Gewalt ist da. Das hauptsächlichste Problem ist, dass sie sich nicht gegen die richtet, die für die schlimme Situation verantwortlich sind. Im Gegenteil, genau die Kapitalisten instrumentalisieren die Gewalt für sich, indem sie z.B. ausländerfeindliche Kampagnen

betreiben und die rassistische Karte ausspielen.

Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir das System vernichten, das die Gewalt verursacht - jeder Versuch, Veränderungen innerhalb des Systems zu bewerkstelligen, würde zu nichts führen, da die Ursachen für die Gewaltbereitschaft nicht angetastet werden. Unsere Aufgabe ist es, dass die Gewalt unserer Kollegen sich kollektiv gegen den Kapitalismus richtet. Erst wenn wir eine klassenlose Gesellschaft erkämpft haben, wird die Konkurrenz aufhören, die heute zwischen den einzelnen Firmen und Ländern herrscht. Viele fragen sich, ob sich dann aber auch wirklich das Bewusstsein der Menschen verändert und sie wirklich weniger rassistisch oder gewaltbereit sind.

Das Schlüsselement hierbei ist die Machtfrage. Das Bewusstsein steigt nicht, weil sich Menschen zurückerlehnen und nachdenken, wie können wir unser Bewusstsein verändern? Menschen verändern sich, wenn sie sich selbstsicher fühlen und den Kampf aufnehmen.

Vor 1917 gab es z.B. eine massive



Soeben erschienen:

linke opposition Nr. 17

Sonderausgabe zum Thema:

Kunst und Sozialismus

Artikel:

Marxismus und Kunst / Die Kunst der Oktoberrevolution

DM 5,- / 2,5 €

lo 17 und weitere

Broschüren zu bestellen bei:

NORBERT NELTE, XANTENER STR. 3B, 50733 KÖLN
Bestellungen per email: intersoz@netcologne.de

Bücherkiste der IS

Bücher sind Waffen

Tony Cliff	Studie über Rosa Luxemburg	5,00 DM
	Staatskapitalismus in Ru land	16,00 DM
	S rekli Devrim - bir degerlendime	2,00 DM
Chris Harman	Frauenbefreiung und Klassenkampf	2,50 DM
	Ru land - Wie die Revolution scheiterte	2,00 DM
	Das ist Marxismus	5,00 DM
	Gramsci gegen Reformismus (Haenisch: Bordiga)	2,00 DM
	Wohin treibt der Kapitalismus?	5,00 DM
	Parti ve Sinif	2,00 DM
	Rusya'da Devrim ve Karsi Devrim	2,00 DM
Duncan Hallas	Kritik des orthodoxen Trotzismus	
	(Nelte, Gorbatschow: Trotzisten ratlos)	2,00 DM
	Geschichte der 4. Internationale	3,00 DM
	Die Komintern	12,00 DM
	Trotzki (Biographie), Cliff: Trotzkis revolution res Erbe,	
	Sedova Trotzki: Bruch mit der 4. Internationalen	1,50 DM
	Trotzki's Marxismus	6,00 DM
John Molyneux	Die authentische marxistische Tradition	4,00 DM
	Die zukünftige sozialistische Gesellschaft	2,00 DM
	Das Wesen des Menschen	1,50 DM
Alex Callinicos	Rasse und Klasse	3,00 DM
	Die authentische marxistische Tradition	4,00 DM
David McNally	A awidan Sosyalizm	3,00 DM
Nigel Harris	Warum hungert die halbe Welt?	2,00 DM
John Rees	Trotzki und die Dialektik der Geschichte	2,00 DM
Binns/Haynes	Neue Theorien zu Osteuropa	2,00 DM
Peter Binns	Rusya'da Devlet Kapitalizmi	2,00 DM
Maryam Poya	Iran 1979	4,00 DM
Luxemburg,		
Cliff, Haman	Partei und Klasse	6,00 DM
SWP-Autoren	Agitation und Propaganda	3,00 DM
e.p.	Kronstadt und Machno-Bewegung	3,00 DM
Norbert Nelte	Marxistische Wirtschaftstheorie - leicht gemacht	2,00 DM
	Markt oder Plan?	3,00 DM
	Klassenkampf	3,00 DM
IS	Marx' historischer Materialismus (IS-Einführung)	2,00 DM
	Plattform, Gründungsresolution und Satzung	1,00 DM
	KK-Inhaltsverzeichnis	3,00 DM
	Schulungsmaterial	8,00 DM
Klassiker:		
Marx/Engels	Lohnarbeit und Kapital	2,50 DM
	Feuerbach	3,00 DM
	ökonomisch-Philosophische Manuskripte	8,00 DM
Lenin	Ausgewählte Werke in einem Band	10,00 DM
	Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit...	6,00 DM
	Staat und Revolution	6,00 DM
Lenin,		
Engels u.a.	Anarchismus ohne Perspektive	3,00 DM
Trotzki	Die Permanente Revolution	8,00 DM
	Kopenhagener Rede 1932	3,00 DM
	Kunst und Sozialismus	6,00 DM
	Ihre Moral und unsere	3,00 DM
	Faschismus I: Gegen den Nationalkommunismus u.a.	6,00 DM
	Faschismus II: Was nun?	7,00 DM
	Faschismus III: Der einzige Weg, u.a.	6,00 DM
	1917 - Die Lehren der Revolution	3,00 DM
	Ekim Dersleri	5,00 DM
	S rekli Devrim Teorisi	2,50 DM
	Aufsätze	5,00 DM
	Nationale Frage und nationale Minderheiten	
	(Cliff: Permanente Revolution)	5,00 DM
	Briefe an das ZK von 1923	4,00 DM
	Verteidigung des Marxismus	12,00 DM
Rosa		
Luxemburg	Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	5,00 DM
	Sozialreform oder Revolution	5,00 DM



Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr
Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

5.1.2000 ★ **Guerrilla oder Klassenkampf?** ★
Referat und Diskussion

12.1.2000 ★ **Holzmann-Pleite: Vertiefung der
Krise** ★ Referat und Diskussion

19.1.2000 ★ **Liegt die Konkurrenz in der Natur
des Menschen?** ★ Referat und Diskussion

26.1.1999 ★ **Gewalt im Kapitalismus** ★ Referat
und Diskussion

2.2.2000 ★ **Pazifismus** ★ Referat und
Diskussion

9.2.2000 ★ **Gesundheitsreform oder
Patientenmord?** ★ Referat und Diskussion

16.2.2000 ★ **Die Komintern 1924-28**
★ Referat und Diskussion

23.2.2000 ★ **Reicht es, die Monopole aufzulösen?** ★ Referat und Diskussion

UNI KÖLN

Diskussionen um aktuelle und theoretische
Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Dienstag (im Semester) von 11.45 bis
13.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der
Uni Köln

SOLINGEN

Jeden zweiten Mittwoch, 20.00 Uhr
Café Solidarität, Klaus Horn Str.

5.1.2000 ★ **Perspektiven für das neue
Jahrtausend** ★ Referat und Diskussion

19.1.2000 ★ **Macht Unterdrückung die
Menschen revolutionär?** ★ Referat und
Diskussion

2.2.2000 ★ **Rasse und Klasse** ★ Referat und
Diskussion

16.2.2000 ★ **War Brecht ein Sozialist?** ★
Referat und Diskussion



Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der 'Klassenkampf' und die 'Linke Opposition' setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den 'Internationalen Sozialisten' anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen übereinstimmen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Besucher auf allen Veranstaltungen willkommen!

MARXISMUS 2000



Schulungstag in Köln

22.1.2000 - 13.00 Uhr ★ Alte Feuerwache, Melchiorstr., Köln

Thema: Die Klassengesellschaften

Entstehung der Klassengesellschaften ★ Die Klassengesellschaften ★ Vom Kapitalismus zum Sozialismus

Marxismustag in Solingen 19.2.2000

13.00 Uhr Café Solidarität, Klaus Horn Str.

Thema:

Klassenkampf in Deutschland 1945 bis 2000

Die Arbeiterbewegung ★ Die Linke

weitere Themen erfragen

Kontakt und Mitfahrgelegenheiten: 0221 - 510 17 96



Ölpest:

Warum die "Erika" gesunken ist

Warum die Profite die Umwelt bedrohen

★ MARK MAES

Im Durchschnitt zwei Mal pro Jahr geschieht irgendwo in K stern he ein Tankerungl ck. Dieses Mal ist die franz sische Atlantikk ste - wie bereits im M rz 1978, als die Amoco Cadiz an der Nordwestk ste auf Grund lief und 223.000 Tonnen l ins Meer flossen - erneut betroffen. Am 12. Dezember zerbrach der mit 30.884 Tonnen l beladene Tanker Erika bei schwerer See, wodurch ca. 12.000 Tonnen l ins Meer gelangten. W hrend der sich ausbreitende lteppich zun chst aufgrund g nstiger Winde parallel zur franz sischen K ste trieb, erreichte er mit dem Orkan in der Nacht zum 24. Dezember das Festland. Mittlerweile ist die K ste auf einer L nge von mehr als 400 Kilometern mit einer bis zu 50 cm dicken lfilm verschmutzt und zig Tausende Meeressv gel haben in der z hen schwarzen Masse bereits den Tod gefunden.

Aber dies stellt vermutlich erst den Anfang der Katastrophe dar, da in dem Bug und Heck des zerbrochenen Tankers, welche sich in 120 Metern Tiefe befinden, noch zwei Drittel der Ladung nur darauf warten, auszulaufen. Gezeigt hat sich aber jetzt bereits die Ohnmacht der Rettungskr fte angesichts einer solcher Katastrophe. So sind Versuche, das l mit Hilfe von Pumpen aufzusaugen, kl glich gescheitert, da die z he Konsistenz des ls die Pumpen innerhalb kr zester Zeit verstopft hat. Auch das Bem hen, den lteppich mittels aufblasbarer Barrieren einzud mmen, blieben aufgrund des Wellengangs erfolglos. Au erdem standen sowieso nur 20 Kilometer dieser Barrieren zur Verf gung, was der blanke Hohn ist, angesichts der Tatsache, dass vor der franz sischen K ste tagt glich Dutzende Tanker verkehren.

Ebenfalls hat sich gezeigt, dass - wie immer nach solchen Katastrophen - jeder die Schuld von sich weist und keiner zur Verantwortung gezogen wird, mit Ausnahme des Kapitäns, der in Untersuchungshaft sitzt, obwohl ihm vermutlich die geringste Schuld trifft. Er wollte bereits einen Tag vor dem Ungl ck den franz sischen Atlantikhafen Saint-Nazaire anlaufen, weil er einen Riss im Rumpf entdeckt hatte. Das wurde ihm von den Behörden verboten, da sie eine Gefahr für die Umwelt an der Loire-Mündung befürchteten.

Die tatsächlich Verantwortlichen an diesem und vielen anderen Tankerungl cken sind die Herren in den Vorstandsetagen der Mineral lkonzerne. Der Vorstandschef von Total Fina, der den Tanker Erika gechartert hat, gibt aber den Schwarzen Peter an die italienische Firma Panship Management weiter, die Eigentümer des Tankers ist. Die wird sich ihrerseits darauf berufen, dass die Erika noch am 12. November in Russland auf ihre Sicherheit hin überprüft wurde. Diese Sicherheitsprüfung erfolgt gem ss internationalen Regeln, die sich aber nur auf den sichtbaren Bereich des Rumpfes und die Papiere beschr nken.

Einer Untersuchung von 1995 zufolge wurde der Zustand jedes f nften Tankers als schrottreif bezeichnet. Viele der bereits Mitte der 70er Jahre gebauten Tanker fahren heute noch, obwohl sie bereits nach 10-15 Jahren mehr oder weniger ausgedient haben. Zudem besitzen die wenigsten doppelte W nde - so auch die Erika -, die zumindestens einen gewissen Schutz vor dem Zerberechen darstellen. Diese Tatsachen zeigen, dass der Transport von l mittels Tankern eine extrem unsichere Angelegenheit ist, daran k mmen auch halbherzige Sicherheitskontrollen nichts ndem.

Nationale Auflagen haben dazu gef hrt, dass immer mehr Reedereien ihre Schiffe ausflaggen, d.h. in L ndern wie Libyen, Panama oder - wie im Fall der Erika - auf Malta registrieren. Das hat den Vorteil, dass sie an Bord unterbezahlte Matrosen besch ftigen d rfen. Die lkonzerne, die untereinander im harten Konkurrenzstreit stehen, werden nat rlich für den Transport ihres les mglichst die billigsten Tanker chartern; um die daraus entstandenen Sicherheitsrisiken scheren sie sich einen Dreck.

Htte z.B. Total Fina einen Tanker unter franz sischer Flagge mit Doppelwand-Rumpf und tariflich bezahlter Mannschaft gemietet, wre dies 25% teurer gewesen. Das kann sich Total Fina aber nicht leisten, zumal sie erst vor kurzem mit dem Elf-Konzern für 35 Mrd. DM fusioniert ist. Aber nicht nur bei Tankerungl cken, die mit Regelm ssigkeit die ffentlichkeit aus ihrem Tiefschlaf reissen, wie jetzt erneut im Falle Istanbul, werden die Meere mit l verseucht; auch abseits jeglicher Medienpr senz gelangt st ndig und schleichend l in die Meere, wie z.B. beim illegalen Auswaschen von ltanks auf hoher See, Raffinerieabf llen, die in die Fl sse geleitet werden oder bei Schlanpereien in l hfen. Ein amerikanisches Institut sch tzt die Menge auf 3 Mio. Tonnen, soviel wie bei den 40 schwersten Tankerungl cken zwischen 1983 und 1993. Aber auch hierbei ist die Ursache im Konkurrenzstreit mit seiner Profitgier zu suchen. Auf der Strecke bleiben Mensch und Natur.

Die L sung liegt jetzt aber nicht in dem Erlass hrterer Vorschriften, weil hierbei alle L nder gleichziehen m ssten. Aber gerade m mere L nder (und auch einige reiche) bieten Firmen niedrige Umweltstandards, um auf diese Weise einen Teil vom Kuchen abzubekommen. Wollte man hrtere